

## **Protokoll der Parlamentssitzung**

**Montag, 7. Mai 2007, 19.10 Uhr - 22.15 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld**

Vorsitz: Caminada Ignaz, CVP

Anwesend:	Arm Alfred, SP	Maibach Urs, GB
	Balz Christian, FDP	Matter Brigitta, SD
	Berlinger Annemarie, SP	Moser Hans, SVP
	Bichsel Bernhard, jfk	Pestalozzi Hansueli, GB
	Bühler Evelyn, FDP	Remund Jan, GFL
	Fischli Liz, GB	Rüegsegger Elisabeth, SVP
	Graber Martin, SP	Salvisberg Ueli, SVP
	Gysel Hermann, EVP	Salzmann Christoph, SP
	Hänni Thomas, FDP	Schmid Hermann, SP
	Henggi Harald, FDP	Staub Hugo, SP
	Herren Thomas, FDP	Staub Stephie, SP
	Hofer Niklaus, SVP	Streiff Marco, EVP
	Kohler Hanspeter, FDP	Stucki Mark, FDP
	Krebs Daniel, SVP	Troxler Elsbeth, SP
	Lagger Valentin, CVP	Wyss Ursula, GFL
	Lehmann Stefan, SVP	Zwahlen Rolf, EVP
	Mäder Anna, SP	

Entschuldigt:	Antenen Peter, FDP	Oester Daniel, jfk
	Burren Christian, parteilos	Sidler Rita, SP
	Egli Claudia, SP	Stähli Markus, parteilos

Gemeinderat:	Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Sedlmayer Katrin, SP
	Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Streiff Marianne, EVP
	Ackermann Judith, FDP	Studer Ueli, SVP
	Haudenschield Rita, GB	

Parlamentssekretärin: Fehlmann Anita

Protokoll: Spahr Ruth



<b>1. Protokoll</b> .....	
<b>2.a Ersatzwahl Büromitglied</b>	
<b>2.b Ersatzwahl Kommission Initiative 5 statt 7, Kronprinzeninitiative</b>	
<b>3. Projekt "Am Hof"</b>	
Bericht des Gemeinderates über die Einsprachen und die Einspracheverhandlungen; Direktion Planung und Verkehr.....	
<b>4. Stellenbewirtschaftung 2007</b>	
Personalwesen; Direktion Präsidiales und Finanzen .....	
<b>5. Dringliche Motion CVP betr. Teuerungsausgleich des Könizer Gemeindepersonals</b>	
Beantwortung 0702; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	
<b>Lohnreglement</b>	
Reglement; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	
<b>6. Postulat jungfreisinnige köniz (jfk) betr. energieeffiziente Strassenbeleuchtung</b>	
Beantwortung 0619; Direktion Planung und Verkehr .....	
<b>7. Motion Grüne betr. Velonetz Köniz</b>	
Beantwortung 0624; Direktion Planung und Verkehr .....	
<b>8. Postulat jungfreisinnige köniz (jfk) betr. Energieklasse A Fahrzeuge für die Gemeinde</b>	
Beantwortung 0634; Direktion Planung und Verkehr .....	
<b>9. Interpellation FDP betr. Expertenbeizug und Externe Mandate</b>	
Beantwortung 0701; Direktion Präsidiales und Finanzen.....	
<b>10. Dringliche Interpellation SP Köniz betr. Umsetzung des neuen Bildungsreglements-Lehrstück Handyverbot</b>	
Beantwortung 0703; Direktion Bildung und Soziales.....	
<b>11. Verschiedenes</b> .....	

## Begrüssung

**Der Parlamentspräsident:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur heutigen Sitzung und entschuldige mich für den um 10 Minuten verspäteten Beginn. Der Grund dafür: Die GPK traf sich um 18.00 Uhr noch zu einer Sondersitzung und deren Ergebnisse mussten den Fraktionen noch zur Kenntnis gebracht werden. Somit können wir alle die Sitzung mit demselben Wissensstand angehen.

## Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 34 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Der Parlamentspräsident:** Mit einem Nachversand wurde uns die dringliche Interpellation SP Köniz betr. Umsetzung des neuen Bildungsreglements-Lehrstück Handyverbot (0703), gestellt. Auf Ihren Pulten befinden sich diverse Unterlagen. Ich erwähne den Zwischenbericht über die Agglomerationsstrategie, den Jahresbericht der Jugendarbeit Köniz und den Jahresbericht der Villa Bernau. Was die restlichen Unterlagen angeht: Hierzu werden Sie durch die entsprechenden Personen noch informiert. Im Weiteren lasse ich die Fotomappe der letzten Präsidentenfeier zirkulieren. Bestellungen können vorgenommen werden.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

## 1. Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 12. März 2007 wird genehmigt.

## 2.a Ersatzwahl Büromitglied

**Frau Liz Fischli (GB):** Ich möchte einige persönliche Worte zu meinem Rücktritt aus dem Parlamentsbüro abgeben. Das Auszählen der Stimmen bereitete mir von Anfang an grosse Mühe und ich hatte vor allem Probleme, die hinteren Reihen richtig zu erfassen. Bevor wir Feldstecher oder Operngucker zu Hilfe nehmen müssen, ist es nach meiner Auffassung besser, ein neues Mitglied für die Stimmenzählung zu wählen, denn das Parlamentsbüro muss in Ruhe und zuverlässig arbeiten und sich auf gesicherte Zahlen abstützen können. Die GB/GFL-Fraktion schlägt Ihnen Jan Remund als Stimmenzähler vor.

**Der Parlamentspräsident:** Ich danke dir, Liz Fischli, für deine Arbeit im Parlamentsbüro und habe Respekt vor deiner Entscheidung. Ich wünsche dir weiterhin viele spannende Diskussionen im Parlament.

Ich erkläre Jan Remund als Stimmenzähler gewählt und wünsche ihm alles Gute in seinem Amt.

## 2.b Ersatzwahl Kommission Initiative 5 statt 7, Kronprinzeninitiative

**Herr Rolf Zwahlen (EVP):** Infolge Terminkollisionen mit einem geschäftlichen Auslandsaufenthalt muss ich meine Arbeit in der nichtständigen Kommission 5 statt 7, Kronprinzeninitiative bereits wieder beenden. Als Nachfolger schlage ich Ihnen aus der EVP/CVP-Fraktion Hermann Gysel vor.

Der Parlamentspräsident erklärt Hermann Gysel als Mitglied der nichtständigen Kommission 5 statt 7 und Kronprinzeninitiative gewählt und wünscht ihm alles Gute in seinem neuen Amt.

### 3. Projekt "Am Hof"

Bericht des Gemeinderates über die Einsprachen und die Einspracheverhandlungen;  
Direktion Planung und Verkehr

**Herr Stefan Lehmann (SVP; GPK-Sprecher):** Artikel 60 des bernischen Baugesetzes lautet wie folgt: Abs. 1: "Vorlagen, welche die baurechtliche Grundordnung oder eine Überbauungsordnung betreffen, sind während wenigstens 30 Tagen öffentlich aufzulegen." Abs. 2: "Während der Auflagefrist kann schriftlich Einsprache erhoben werden; diese ist zu begründen. Artikel 35 Absätze 2 bis 4 und Artikel 35a sind sinngemäss anwendbar. Einspracheverhandlungen sind vor dem Beschluss, in Gemeinden, in welchen die Vorlage vom Grossen Gemeinderat oder vom Stadtrat beraten wird, vor dieser Beratung durchzuführen." Abs. 3: "Soweit öffentlich aufgelegte Vorschriften oder Pläne vor oder bei der Beschlussfassung oder im Genehmigungsverfahren geändert werden, ist den davon Betroffenen Kenntnis und Gelegenheit zur Einsprache oder Beschwerde zu geben." Hier sind wir nun beim Kern des Problems dieser Vorlage. Dieses Geschäft hätte am 12. März 2007 nicht beraten werden dürfen, da die Einsprachefrist genau an diesem Tag ablief und die Einreichung von Einsprachen bis zu diesem Datum möglich war. Das Parlament konnte somit weder über spät eingegangene Einsprachen noch über die Einspracheverhandlung informiert werden. Das macht unseren am 12. März 2007 gefällten Entscheid angreifbar. Die Gründe für die Beratung anlässlich der Parlaments-sitzung vom 12. März 2007 waren folgende: Die Gemeindeverwaltung stand bei diesem Geschäft unter grossem Zeitdruck. Das Verfahren, das normalerweise in 21 Monaten abgewickelt wird, wurde innert 5 Monaten durchgezogen, damit die Vorlage der Stimmbevölkerung am 17. Juni 2007 zur Abstimmung vorgelegt werden kann. Auch wollte man den Baurechtszins in der Höhe von 170'000 Franken so rasch als möglich generieren. Einsprachen wurden keine erwartet. Die auf die Einsprache hin folgenden Einspracheverhandlungen verliefen offenbar nicht optimal und fanden in gehässiger Stimmung statt. Der Einsprechende reichte daraufhin beim Regierungsstatthalteramt gegen den Entscheid des Parlamentes und das Projekt an und für sich eine Gemeindebeschwerde ein. Die Begründungen des Einsprechenden stimmen im Übrigen sehr mit der Einsprache der KMU Köniz überein. Der Gemeinderat versuchte, die aufschiebende Wirkung der Gemeindebeschwerde zu bekämpfen, damit das Projekt weiter bearbeitet werden kann und die Volksabstimmung nicht für ungültig erklärt wird.

In der GPK fragten wir nach griffigen Massnahmen, damit solche Fehler in Zukunft nicht mehr geschehen. Eine wichtige Voraussetzung für die Vermeidung von solchen Fehlern ist, dass die gesetzlichen Fristen einzuhalten sind und keine beschleunigten Verfahren mehr durchgezogen werden müssen. Auch müssen die kommenden Planungsgeschäfte analysiert, Checklisten für Einspracheverhandlungen erstellt und Qualitätskontrollen vorgenommen werden. Die Planungsabteilung ist - in Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle - an der Erarbeitung dieser Massnahmen. Die GPK verlangt einen Bericht all der vorgenommenen Massnahmen, der ihr anlässlich der Sitzung im August vorzuliegen hat.

Zum dritten Mal in Folge erleidet ein Projekt infolge formellen Fehlern Schiffbruch und die GPK, das Parlament und zum Teil auch die Stimmbevölkerung müssen sich erneut damit befassen. Solche Vorkommnisse sind für die Gemeinde Köniz peinlich. Die Hauptursache liegt in meinen Augen in der enormen Geschwindigkeit, mit welcher diese Projekte verabschiedet wurden, die dazu führt, dass gesetzliche Fristen nicht eingehalten werden. Es ist sicher positiv, dass "vorwärts gemacht wird", Gesetze und Einsprachefristen sind jedoch einzuhalten. Die demokratische Mitbestimmung durch Parlament und Stimmbevölkerung sind zu respektieren. Die GPK machte sich ihren Entscheid nicht leicht. Die Mitglieder waren der Ansicht, dass vor allem Ziffer 2 des Beschlussesentwurfes - die Wiederholung eines einstimmig gefällten Parlamentsentscheides, um auf politischem Weg ein juristisches Problem zu lösen - heikel sei. Die GPK fällt deshalb an ihrer Sitzung vom 2. Mai keinen Entscheid, sondern vertagte ihn auf heute 18.00 Uhr, um abzuwarten, ob das Regierungsstatthalteramt die aufschiebende Wirkung entzieht. Der Entscheid wurde allen GPK-Mitgliedern heute Mittag per E-Mail zugesandt: Die Regierungsstatthalterin tritt aus formellen Gründen nicht auf die Gemeindebeschwerde ein und leistet - soweit darauf eingetreten werden kann - nicht Folge. Die wichtigsten Gründe für das Nichteintreten sind folgende: Erstens ist das Parlament nicht abschliessend zuständig, d.h. ein Parlamentsentscheid, welcher der Stimmbevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird, kann nicht mit einer Gemeindebeschwerde angefochten werden. Zweitens kann das Parlament seinen Entscheid jederzeit - nach Erhalt der dafür notwendigen Informationen - wieder-

holen und seinen Beschluss bestätigen.

Zu Ziffer 2: Der Beschlussesentwurf sieht vor, dass das Parlament heute seinen Beschluss vom 12. März 2007 bestätigen soll. Das ist allemal besser, als die Wiederholung aller am 12. März 2007 gefällten Beschlüsse zu diesem Geschäft. Diese Vorgehensweise ist für die Stimmbevölkerung verständlicher.

Die GPK empfiehlt dem Parlament - nach dem Vorliegen der neuesten Informationen - mit 7 : 0 Stimmen (Ziffer 1), Kenntnis von der Orientierung über die Einsprachen und Einspracheverhandlungen des Projektes "Am Hof" zu nehmen und mit 6 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ziffer 2), seinen Entschluss vom 12. März 2007 zu bestätigen. Materiell änderte sich in den Augen der GPK nichts am Geschäft, sie befürwortet das Projekt "Am Hof" weiterhin.

Noch einige Worte in Sachen Verantwortung: Man kann in diesem Fall nicht die Verwaltung allein für die Vorkommnisse verantwortlich machen. Schlussendlich liegt die Verantwortung für diese Geschäfte beim Gemeinderat.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich bringe Ihnen folgende Informationen zur Kenntnis: Bis anhin war Ihnen bekannt, dass zwei Einsprachen sowie eine Rechtsverwahrung zu diesem Geschäft vorliegen. Die Einspracheverhandlungen ergaben, dass beide Einsprechenden ihre Einsprachen aufrechterhalten werden.

### Eintreten

**Frau Ursula Wyss (GFL):** Anlässlich der letzten Parlamentssitzung stimmten wir dem Projekt "Am Hof" freudig zu. Das Projekt ist in meinen Augen noch immer eine gute Sache. Leider hat sich jedoch - wie beim Geschäft betr. Seniorenresidenz Schloss-Strasse - bereits wieder ein Fehler eingeschlichen. Das Parlament hat über dieses Geschäft vor Abschluss der Einsprachefrist beraten. Das führte zu einer Gemeindebeschwerde. Das Bekanntwerden dieses erneuten Fehlers enttäuschte mich sehr, denn Gemeinderätin Katrin Sedlmayer erklärte anlässlich der letzten Parlamentssitzung, dass die GPK am 30. April 2007 über das neue Qualitätssicherungssystem informiert werde. Diese Information fand meines Wissens jedoch nicht statt. Damit an der nächsten Parlamentssitzung nicht bereits wieder solche Probleme vorkommen, sind dringend Massnahmen zu ergreifen. Ein Qualitätssicherungssystem ist eine gute und absolut notwendige Lösung. Sie ist jedoch erstens nicht so schnell aufgebaut und zweitens nicht so schnell etabliert. Solches muss sich zuerst einspielen. Ich bin der Meinung, dass die Planungsabteilung sich mit zu vielen Geschäften beschäftigen muss und zu viel Druck vorhanden ist. An der letzten Parlamentssitzung berieten wir allein über drei Bauvorlagen und gerade vor kurzem wurde der Ideenwettbewerb für das Rappentöri ausgeschrieben, das ebenfalls ein grosses Bauvorhaben ist. In meinen Augen muss nun unbedingt eine Konsolidierungsphase stattfinden. Die Planungsabteilung muss von diesem hohen Zeitdruck befreit werden, sonst sind weitere Fehler programmiert. Der aufgebaute Zeitdruck ist in meinen Augen hausgemacht. Bevor ein Geschäft der Stimmbevölkerung vorgelegt wird, muss rechtlich und inhaltlich alles korrekt sein. Das Risiko, infolge Formfehlern eine zweite Abstimmung durchführen zu müssen - ich erwähnte dies bereits an der letzten Parlamentssitzung - grenzt an politischen Selbstmord.

Da - wie uns vorhin zur Kenntnis gebracht wurde - die Regierungsstatthalterin aus formellen Gründen nicht auf die Gemeindebeschwerde eingetreten ist, kann dem vorliegenden Beschlussesentwurf zugestimmt werden. Zähneknirschend werden wir Grünen dies mehrheitlich tun.

**Herr Ueli Salvisberg (SVP):** Das vorliegende Geschäft zeigt, wie sehr sich der gemeinderätliche Zeitdruck auf die Verwaltung auswirken kann. Zum dritten Mal liegt uns innert kürzester Frist ein Geschäft vor, in welchem die Verwaltung klare Verfehlungen beging. Im Geschäft Sanierung Alterssiedlung Hessgut kam plötzlich eine alte Dienstbarkeit zum Vorschein. Im Geschäft Residenz Schloss-Strasse wurde die Bruttogeschossfläche nicht richtig berechnet. Im nun vorliegenden Geschäft ging der Gemeinderat eine Einzeleinsprache infolge Zeitdruck nicht richtig an. Wollen sich Gemeinderat und Verwaltung nicht der Lächerlichkeit preisgeben, muss sofort gehandelt werden. Wir fordern - unter ansonsten drastischen Konsequenzen -, dass nun endlich ein internes Produktecontrolling eingeführt wird. Es ist ein Armutszeugnis für Gemeinderat und Verwaltung, dass das Parlament solche, eigentlich selbstverständlichen, Massnahmen fordern muss. Ich gehe davon aus, dass dem Parlament via GPK innert kür-

zester Frist ein solches Modell zur Kenntnisnahme vorliegen wird.

**Herr Mark Stucki (FDP):** Eigentlich habe ich "die Nase zünftig voll" davon, dass uns innert kürzester Frist wieder ein Geschäft zum zweiten Mal vorliegt. Wie der Kuckuck aus der Uhr, kann ich jedes Mal hier vorne einen "dicken Hals machen" und drohen, nun sei "genug Heu unten". Jedes Mal scheinen jedoch Verwaltung und Gemeinderat der Meinung zu sein, es könne ruhig noch etwas Stroh dazukommen und das nächste Versehen wird geliefert. Dieses Mal habe ich jedoch sogar etwas Verständnis für das Geschehene, das - wie bereits erwähnt - unter Zeitdruck passierte. Ich bin jedoch der Meinung, dass die Verwaltung oder der Gemeinderat diesen Zeitdruck aushalten und abfedern können müssen. Dieses Mal bringt uns eine - inhaltlich zwar unsinnige - Einsprache und Beschwerde in die Bredouille. Dass jedoch wiederum ein Formfehler begangen wurde, "schleckt keine Geiss weg". Unsere Fraktion steht nach wie vor geschlossen hinter dem am 12. März 2007 verabschiedeten Geschäft. Einerseits müssen wir nun aus dieser verfahrenen Situation herauskommen, andererseits bin ich jedoch der Meinung, diese Affäre könne nicht einfach so ad acta gelegt werden. Die FDP/jfk-Fraktion ist nicht mehr bereit, solche Vorkommnisse immer und immer wieder zu schlucken. Im Interesse der Stimmbevölkerung, aber auch im Interesse der Verwaltung, die langsam aber sicher in Imageprobleme schlittert, muss diese offensichtlich chronische Fehleranfälligkeit angegangen werden. Ob dies nun Führungs- und Personalprobleme oder organisatorische und strukturelle Fehler sind, es muss geklärt werden, welche Verbesserungen bei der Qualitätskontrolle und in der Führung notwendig sind. Auf diese Fragen wollen wir, aber auch die Könizer Bevölkerung, Antworten erhalten. Es wurde versprochen, der GPK einen Massnahmenbericht vorzulegen. Wir sind sehr gespannt darauf und erwarten konkrete und griffige Vorschläge und Massnahmen. Zuletzt möchte ich das Parlament daran erinnern, dass nicht nur der Gemeinderat politische Verantwortung trägt, sondern, dass wir Parlamentsmitglieder die Oberaufsicht über den Gemeinderat und somit über die Verwaltung haben und diese gegebenenfalls wahrnehmen müssen.

**Herr Valentin Lagger (CVP):** Ich kann mich inhaltlich und formell meinen Vorrednerinnen und Vorrednern anschliessen. Zuerst zum materiellen Gehalt der heute zu bestätigenden Vorlage. Für die CVP/EVP-Fraktion hat sich materiell bezüglich der Haltung zu diesem Geschäft nichts geändert. Wir werden den Beschluss vom 12. März 2007 bestätigen. Wie heute bereits mehrmals erwähnt, ist dies nun der dritte Fehler innerhalb kurzer Zeit, der sehr grosse Auswirkungen hat. Wir erwarten die versprochenen Massnahmen des Gemeinderates zuhanden der GPK bis im August 2007 sehr dringend. Wir weisen darauf hin, dass diese Massnahmen ein Kontrollelement beinhalten müssen und nicht nur ein Controlling, denn Kontrolle und Controlling sind bekanntlich nicht ganz dasselbe. Wir bestätigen unseren Beschluss vom 12. März 2007, weil dies für die Stimmbevölkerung offensichtlich einfacher zu verstehen ist. Wir hoffen inständig, dass dies formell genügen möge.

**Herr Hugo Staub (SP):** Ich spreche zuerst zum Geschäft und danach zum geschehenen Fehler. Das Geschäft ist inhaltlich immer noch dasselbe anlässlich der ersten Beratung. Auch wir sehen keinen Grund dafür, nun plötzlich anderer Meinung zu sein als vor zwei Monaten. Es sei denn, nun seien plötzlich verkehrsintensive Verkaufsflächen im Zentrum von Köniz gewünscht, welche den Geschäften am Neuhausplatz und im Steinhölzli den Garaus machen und die Verkehrsbelastung im Zentrum explodieren lassen. Nach der erfolgreichen Aufwertung des Zentrums von Köniz auch als Versorgungszentrum und nur ungefähr 15 Monate vor der Eröffnung von "Westside" in Brünnen, wo über 70 bis 100 neue Geschäfte eröffnet werden, sehen wir keinen Anlass, aufgrund der Einzelsprache eine inhaltliche Korrektur vornehmen zu müssen. Die SP-Fraktion steht hinter dem Geschäft, das am 12. März 2007 verabschiedet wurde.

Zum geschehenen Fehler: Der Handlungsbedarf ist erkannt und es wurde in Aussicht gestellt, dass wirksame Korrekturmassnahmen entwickelt und die Parlamentsmitglieder via GPK darüber informiert werden. Wenn ein Geschäft das andere jagt, kann nicht verlangt werden, dass Korrekturmassnahmen bereits beim nächsten Geschäft Fehler verhindern. Wir sehen die geschehenen Fehler als Symptom der immer noch gleichen Umstände, die sehr stark durch Zeitdruck, Kostendruck und sehr hohe Anforderungen durch die Politik, geprägt sind. Wo man hinschaut, ist Stress vorhanden. Denn es muss immer rascher immer mehr und das mit weniger Ressourcen erreicht werden. Darunter leiden nicht nur die Verwaltung, sondern auch

demokratiepolitische Prozesse. Anlässlich der letzten Sitzung hörten wir, dass das Mitwirkungsverfahren im vorliegenden Geschäft - um den Zeitrahmen einhalten zu können - während der Weihnachts- und Neujahrszeit durchgeführt werden musste. Die SP-Fraktion wird die beiden Anträge des Gemeinderates unterstützen. Wir fordern den Gemeinderat jedoch eindringlich auf, Geschäfte in erster Linie nach dem Primat der Qualität und nicht nach jenem des Zeitplanes zu bearbeiten. Ich hoffe, dass dieser Aufruf breite Unterstützung im ganzen Parlament findet. Wenn wir Signale dafür geben, Druck wegzunehmen, werden wir unserer - bereits vorhin erwähnten - Aufsichtsfunktion gerecht und lamentieren nicht nur so dahin.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die sachlichen Voten. Ich verstehe Ihren Unmut sehr gut, denn auch ich ärgerte mich beim Bekanntwerden dieses erneuten Fehlers sehr. Ich bin froh, dass das Geschäft weiterhin unbestritten ist und dieser Fehler Ihre Meinung nicht beeinflusste. Wir sind an der Erarbeitung von qualitätssichernden Massnahmen, was jedoch noch etwas Zeit in Anspruch nimmt. Ich werde alles daran setzen, dass solche Fehler nicht mehr vorkommen werden. Die GPK wird im August mittels eines Berichtes über die laufenden Massnahmen informiert. Richtig ist die Feststellung, dass in der Planungsabteilung momentan zu viel Druck vorhanden ist und zu viele Projekte bearbeitet werden müssen. Wir werden anlässlich einer Sitzung den Zeitaufwand der verschiedenen Geschäfte genau eruieren und eine Prioritätenliste erstellen. Auch darüber wird die GPK informiert. Ich stelle klar, dass der Druck nicht nur vonseiten des Gemeinderates vorhanden ist, sondern auch vonseiten der Investoren, welche ihre Projekte jetzt und nicht erst in drei Jahren realisieren wollen. Diesem Druck zu widerstehen ist jedoch nicht einfach. Ich hoffe, dass die erarbeiteten Massnahmen dann auch greifen werden und die geschehenen Fehler nicht mehr vorkommen.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich danke Ihnen auch von meiner Seite für die Mithilfe an der Behebung des vorliegenden formellen Fehlers. Damit ist sichergestellt, dass wir der Stimmbevölkerung ein Geschäft vorlegen, das in dem Sinne keine Formmängel aufweist. Ich ergänze Gemeinderätin Katrin Sedlmayer und erkläre, dass der Gemeinderat die politische Verantwortung für den geschehenen Fehler übernimmt. Zum Zeitpunkt der letzten Parlamentssitzung war der nun vorliegende Fehler bereits geschehen. Der Gemeinderat nimmt den auf der Verwaltung lastenden Druck Ernst, denn dieser ist nicht nur in der Planungsabteilung vorhanden, sondern in verschiedenen Bereichen der Verwaltung muss festgestellt werden, dass wir langsam aber sicher an die Grenze der Belastbarkeit der Mitarbeitenden gelangen. An der zweitägigen Klausursitzung des Gemeinderates im April wurde diese Problematik thematisiert. Wir kamen zur Auffassung, dass in Bezug auf das Tempo, mit welchem Projekte vorangetrieben werden, gewisse Überlegungen vorgenommen werden müssen. Die Dynamik, welche vom Gemeinderat ausgelöst wird - auch mit der Umsetzung unserer Legislaturziele - begeisterte in einem gewissen Sinn die Verwaltung in einem Mass, dass dabei vielleicht vergessen wurde, dass die Qualitätssicherung nicht aus den Augen verloren werden darf. Diesen Teil der Führungsaufgabe will der Gemeinderat Ernst nehmen. Der Wille des Gemeinderates ist, dass die Gemeinde Köniz weiterhin dynamisch bleibt, jedoch die Verfahren rechtsstaatlich und korrekt abgewickelt werden.

**Der Parlamentspräsident:** Die Abstimmung zu Ziffer 2 muss ausgezählt werden. Die Botschaft wurde bereits erstellt und darin ist der Parlamentsbeschluss vom 12. März 2007 enthalten, welcher der Stimmbevölkerung mit 36 : 0 Stimmen beantragt, die Beschlüsse zum Areal alte Migros Köniz zu fassen. Der Abstimmungsbotschaft wird jedoch ein Zusatzblatt mit folgendem Inhalt beigelegt: "Liebe Stimmbürgerinnen, liebe Stimmbürger, nach der Parlamentssitzung vom 12. März 2007 ist bei der Gemeinde innerhalb der Einsprachefrist gegen die Nutzungsplanänderung eine Einsprache eingegangen. Das Parlament hat in Kenntnis aller Einsprachen und der Ergebnisse der Einspracheverhandlungen seinen Beschluss vom 12. März 2007 am 7. Mai 2007 mit x : y Stimmen nochmals bestätigt. Wir bitten um Kenntnisnahme. Der Gemeinderat."

*Mit grossem Mehr (Ziffer 1) und mit 33 : 0 Stimmen (Ziffer 2) fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

- 1. Das Parlament nimmt Kenntnis von der Orientierung über die Einsprachen und Einspracheverhandlungen Projekt "Am Hof".*
- 2. Das Parlament bestätigt seinen Beschluss vom 12. März 2007.*



#### 4. Stellenbewirtschaftung 2007

Personalwesen; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher):** In diesem Geschäft wird die Umwandlung von 180 Stellenprozenten von befristet öffentlich-rechtlichen in unbefristet öffentlich-rechtliche beantragt. Zuständig für die Umwandlung ist das Parlament. Wie zu lesen ist, werden dadurch keine neuen Kostenfolgen entstehen. Die GPK empfiehlt Ihnen mit 7 : 0 Stimmen, nach der Überprüfung der beiden Stellen - 100 Prozent im Dienstzweig EDV und Technik und 80 Prozent im Dienstzweig Sozialversicherung -, der Umwandlung in unbefristet öffentlich-rechtliche Stellen, zuzustimmen. Die statistischen Angaben zur Stellenbewirtschaftung 2006 werden Gegenstand der Beratung des Verwaltungsberichtes und von Köniz in Zahlen am 18. Juni 2007 sein. Was hier in Bericht und Antrag des Gemeinderates etwas schlank gehalten ist, wird im Bericht Köniz in Zahlen ausführlicher aufgeführt sein.

##### Eintreten

**Herr Thomas Hänni (FDP):** Die FDP/jfk-Fraktion nimmt den Bericht des Gemeinderates zur Kenntnis. Dass die beiden beantragten Stellen notwendig sind, ist für uns nachvollziehbar. Die Mitglieder der FDP/jfk-Fraktion stellen jedoch Folgendes fest: Stellen, welche einmal als befristet öffentlich-rechtliche geschaffen wurden, werden fünf Jahre später - nach unserer Meinung im Sinne eines schleichenden Stellenausbaus der Verwaltung - fast immer in unbefristet öffentlich-rechtliche umgewandelt. Mit der Schaffung dieser 180 Stellenprozente entstehen keine neuen Kostenfolgen. Man hätte sich jedoch überlegen können, ob es in den vergangenen fünf Jahren nicht möglich gewesen wäre, diese Stellen anders zu besetzen, damit keine neuen unbefristeten Stellenprozente hätten geschaffen werden müssen. Harald Henggi erwähnte, dass wir die Stellenbewirtschaftung erst mit dem Vorliegen von Köniz in Zahlen genau prüfen können. Dann wird ersichtlich sein, ob die vorliegenden Stellenschaffungen in Ordnung gehen oder nicht.

**Herr Rolf Zwahlen (EVP):** Die beiden beantragten Stellenschaffungen sind grundsätzlich unbestritten. Dieser Meinung ist auch die CVP/EVP-Fraktion. Das Informatikzentrum läuft gut und das soll so bleiben. Über die Stelle beim Dienstzweig Sozialversicherungen beriet sich die KSF (Kommission für soziale Fragen) noch kurz und kam zum Schluss, dass sie notwendig ist, denn bei der Bearbeitung von Gesuchen und Änderungen im Bereich AHV dürfen keine Verzögerungen eintreten. Mit dem Antrag, diese Stelle nun definitiv zu schaffen, wird den Empfehlungen des Verbandes der bernischen AHV-Zweigstellenleiter nachgelebt, der ausführt, dass sie erforderlich ist. Die Mitarbeiter im Dienstzweig Sozialversicherung sind immer noch stark gefordert, damit die an sie gestellten Ansprüche vollumfänglich erfüllt werden. Noch ein Wort zu den Kostenfolgen: Alle Jahre wieder stört sich das Parlament am stets wiederkehrenden Satz "ohne neuen Kostenfolgen". Ich bitte den Gemeinderat, diese Worte wegzulassen. Wenn ein provisorischer Entscheid des Gemeinderates durch das Parlament in einen definitiven Zustand umgewandelt wird, sind Kostenfolgen logisch. Es wäre interessant zu sehen, wie hoch die Einsparungsfolgen wären, würde das Parlament die Schaffung einer unbefristet öffentlich-rechtlichen Stelle verweigern.

**Herr Christoph Salzmann (SP):** Man könnte diese Sache auch von der anderen Seite betrachten. Es wären sicher Hinweise dafür zu finden, dass der Gemeinderat bereits bei der Schaffung von befristet öffentlich-rechtlichen Stellen sehr vorsichtig ist und diese nur bewilligt, wenn es absolut notwendig erscheint.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich bin froh über den Umstand, dass - wie es aussieht - dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt wird. Zu einigen interessanten Hinweisen betreffend die Kostenfolgen von Stellenschaffungen nehme ich kurz Stellung: Ich bin der Meinung, dass aus der Anzahl von Stellen kein Dogma gemacht werden sollte. Die beiden hier beantragten Stellenschaffungen zeigen dies deutlich. Die Stelle im Dienstzweig Sozialversicherung ist bis auf 15 Prozent via AHV refinanziert. Würde die Stelle nicht bewilligt, würde in diesem Bereich der Druck auf die Verwaltung massiv erhöht, weil zu wenig Stellenprozente vorhanden wären und somit die verbleibenden Mitarbeitenden mehr Fallzahlen behandeln müssten. Die Stellenschaffung in diesem Bereich ist richtig und notwendig. Der Gemeinderat bewilligt Stellen zuerst einmal befristet, um deren Notwendigkeit zu prüfen. Die Stelle im Dienstzweig EDV und Technik wurde vom Gemeinderat zu einem Zeitpunkt provisorisch

bewilligt, als dieser Dienstzweig noch über weit weniger Kunden verfügte. Inzwischen wurden zusätzliche Kunden gewonnen, zuletzt die Gemeinde Bremgarten. Die Kosten im Dienstzweig EDV und Technik sind insgesamt gesunken. Aus dieser Sicht bitte ich Sie darum, die Frage der Anzahl Stellen und der Stellenschaffungen nicht dogmatisch über den Tisch zu brechen. Bei jeder neuen Stelle muss differenziert betrachtet werden, ob sie wirklich notwendig ist oder lediglich zu einem Kostenschub beiträgt. Viele vom Gemeinderat in der letzten Zeit geschaffenen Stellen, mussten im Sozialbereich infolge des Fallwachstums bewilligt werden. Die meisten dieser Stellen sind über den Lastenausgleich Sozialhilfe wieder refinanziert. Insgesamt ist die Zahl der befristet und unbefristet öffentlich-rechtlichen Stellen der Verwaltung in den Jahren 2003 - 2006 gesunken. Wir versuchen Stellenschaffungen via dem uns von Thomas Hänni vorgeworfenen "schleichenden Weg" zu verhindern, d.h. befristete Stellen jeweils nach fünf Jahren in unbefristete umzuwandeln. Weil die Arbeitsbelastung in den entsprechenden Aufgabenbereichen stetig ansteigt, müssen wir die befristet öffentlich-rechtlichen Stellen in unbefristet öffentlich-rechtliche Stellen umwandeln. Den Hinweis, dass wir die Bemerkung "ohne neuen Kostenfolgen" streichen sollen, nehme ich entgegen. Wenn Anträge für Stellenschaffungen vom Parlament abgelehnt werden, sind sicher Kostenersparnisse zu gewärtigen. Werden Anträge für Stellenschaffungen bewilligt, führt dies nicht automatisch zu einem höheren Personalkredit im nächsten Jahr.

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Vorhin wurde das Thema Optimierung angesprochen. In der Direktion Bildung und Soziales werden Optimierungen vorgenommen. So kam die Revisionsstelle der bernischen AHV-Zweigleiter bei der Überprüfung des Dienstzweiges Sozialversicherung zum Ergebnis, dass ihm für die Bewältigung der Fälle zusätzlich 120 Prozent zur Verfügung gestellt werden sollten und nicht nur 80 Prozent. Mit der vorgenommenen Optimierung in diesem Dienstzweig und auch dank den langjährigen Mitarbeitenden, welche die Abläufe gut kennen, ist es möglich, die Ansprüche vollumfänglich zu erfüllen. Die Ihnen allen bekannte demografische Entwicklung sowie die immer komplexer werdende Materie im Sozialbereich wird unweigerlich zur Schaffung von neuen Stellen führen.

*Einstimmig fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Das Parlament beschliesst die Umwandlung der folgenden befristet öffentlich-rechtlichen Stellen in unbefristet öffentlich-rechtliche Stellen nach Art. 4 Abs. 1 des Personalreglementes:*

	Direktion	Richtfunktion	Stellen-%	Stellenbewilligung	Ablauf Bewilligung	Umwandlung per
2.1	DPF / IZ	Sachb. Informatik II	100	01.11.2002	31.10.2007	01.11.2007
2.2	DBS / ASV	Adm. Sachbearb. I	80	05.06.2002	30.06.2007	01.07.2007

## **5. Dringliche Motion CVP betr. Teuerungsausgleich des Könizer Gemeindepersonals**

Beantwortung 0702; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Herr Valentin Lagger (CVP):** Ich gehöre grundsätzlich nicht zu den Hörern von DRS 1, konnte jedoch kürzlich mit Vergnügen einem Interview mit unserem Gemeindepräsidenten Luc Mentha und seinem Bruder auf diesem Sender zuhören. Dein Bruder erklärte in diesem Interview, du hättest in eurem Holzhaus, wo ihr aufgewachsen seid, den leisesten und effizientesten Weg in dein Bett bestens gekannt. Ich versuche nun, mithilfe eines an Sie verteilten erläuternden Papiere, genau diesen Weg bezüglich der Festlegung des Teuerungsausgleiches nachzuzeichnen. Aus drei Gründen bitte ich Sie, die vorliegende Motion anzunehmen. Die heutige Regelung bietet erstens ein zeitliches Problem für die Budgetierung. Zweitens ist der Landesindex der Konsumentenpreise das falsche Instrument. Drittens wird der Vorschlag des Gemeinderates die Ungenauigkeit und vor allem den Diskussionsbedarf vermutlich noch verschärfen. Ich gehe auf die drei genannten Gründe ein.

Der erste Grund: Die bisherige Regelung mit dem Herbeizug des Indexes vom November

erlaubt keine frühzeitige Budgetierung. Das ist im beiliegenden Papier ersichtlich. Wird der Index vom November für den Ausgleich der Teuerung verwendet, muss der Stand desselben im August oder September geschätzt werden. Bei der Schätzung dieses Indexes ist man auf sich selber gestellt, weil meines Wissens niemand eine Prognose des Landesindexes der Konsumentenpreise (LIK) durchführt, auch nicht das Bundesamt für Statistik (BFS). Dass man sich ab und zu täuschen kann, ist verständlich und niemandem vorzuwerfen. Betrachten wir die beiden letzten Budgets: Für das Budget 2006 beschloss der Gemeinderat eine Teuerungszulage von 0,5 Prozent, die nach der Budgetdebatte auf 1 Prozent erhöht werden musste. Für die Teuerungszulage im Voranschlag 2007 wurde anfänglich 1 Prozent budgetiert, jedoch kurz vor der Budgetdebatte auf 0,5 Prozent reduziert. Diese Prognose war jedoch auch falsch.

Fazit 1: Etwas muss sich ändern.

Der zweite Grund: Die Verwendung des LIK als Bemessungsgrundlage ist nicht zweckmässig und liefert - zumindest methodisch - falsche Resultate. Der LIK bildet die Entwicklung der Preise ab. Dieser Index soll demnach nur dann verwendet werden, wenn vertraglich etwas vereinbart wird, das jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt geliefert werden soll. Ein Beispiel: Das Parlament beschliesst im November 2005 beim Stand LIK 100, im Mai 2007 für 1 Million Franken einen bunten Warenkorb zu kaufen und bindet diesen Kauf an den LIK. Im April 2007 erreicht der LIK den Stand 101,3. Der Warenkorb kann somit mit einem bewilligten Budget von 1'001'300 Franken gekauft werden. Fazit: Der LIK wird dazu verwendet, zu erklären, weshalb der Warenkorb heute mehr kostet als zum Zeitpunkt der Bewilligung. Im Zeitpunkt des Entscheides bedient man sich eines Instrumentes, um die Zukunft vorauszusagen. Anders ist es bei der Festlegung des Teuerungsausgleiches. Man schaut nicht in die Zukunft, sondern in die Vergangenheit und gleicht aus, was im vergangenen Jahr passiert ist. Ein anderes Ziel setzt logischerweise ein anderes Instrumentarium voraus. In unserem Fall ist das Instrumentarium die richtige Schätzung der mittleren Jahresteuierung. Dass der Vergleich des Indexstandes November 2006 mit jenem vom November 2005 falsche Resultate liefert, möchte ich wiederum anhand eines Beispiels erklären: Hier kommt die Ihnen ausgeteilte Tabelle zur Sprache. Sie enthält die Stände der Landesindizes von Anfang 2005 bis April 2007 mit Stand 100 im Dezember 2005. Hier springen diverse Zahlen direkt ins Auge. Offensichtlich sind saisonale und nicht voraussehbare Effekte vorhanden. Im Herbst 2005 steigt der LIK um fast einen Prozentpunkt, was wahrscheinlich auf den damaligen Erdölpreisschock zurückzuführen ist. Die Veränderung des LIK verläuft nicht gleichförmig. Der Indexstand eines bestimmten Monats verglichen mit dem Stand des Vorjahresmonates widerspiegelt niemals die durchschnittliche Teuerung und damit auch nicht den durchschnittlichen Kaufkraftverlust eines Jahres. Das BFS hat für das Jahr 2006 - hier handelt es sich um Fakten - eine durchschnittliche Jahresteuierung von 1,1 Prozent errechnet. Die Gemeinde Köniz rechnete - unter Zuhilfenahme des LIK - wie folgt: Als Basis wurde der LIK mit Stand 1982 genommen - deshalb die höheren Indexstände - und errechnete zwischen dem Indexstand 154,8 und 155,5 einen Anstieg von 0,45 Prozent. Beim genaueren Betrachten der Tabelle ist ersichtlich, dass die Teuerung zwischen Dezember 2005 und Dezember 2006 nicht richtig abgebildet ist. Betrachtet man die Tabelle noch etwas genauer, ist ebenfalls ersichtlich, welche Teuerung für das Budget 2007 ausgeglichen worden wäre, hätte man sich bereits damals auf den Juni-Index abgestützt: Rund 1,5 Prozent, was - ich wiederhole es gerne - auch falsch gewesen wäre. Um die Teuerung im Vergleich zum Vorjahr abzubilden, müssen alle 12 Monatsindizes verglichen und ein arithmetischer Durchschnitt gebildet werden. Für diese Aufgabe sind beim Bund Fachleute angestellt. Für die Teuerung 2006 wird die Differenz zwischen Januar 2005 und Januar 2006, Februar 2005 und Februar 2006 usw., herangezogen und daraus der arithmetische Durchschnitt gebildet. In unserem Beispiel sieht man für das Jahr 2006, dass insbesondere die Monate Januar bis Juli grosse Preisanstiege verzeichneten. Somit sind hier saisonale Effekte relativ schnell ersichtlich. Die richtige Berechnung ergibt somit für das Jahr 2006 einen Wert von 1,1 Prozent.

Fazit 2: Es ist untauglich, sich auf methodisch falsche Fakten abzustützen. Die Herbstprognose der durchschnittlichen Jahresteuierung ist viel besser und genauer.

Der dritte Grund: Der Vorschlag des Gemeinderates - die Verwendung des Juni-Indexes - erhöht aus meiner Sicht die Ungenauigkeit. Sie verschlechtert aufgrund des methodischen Fehlers entweder die Ausgangslage des Personals oder jene der Gemeindekasse, da - wie

vorhin erwähnt - mit dem Teuerungszuschlag die im vergangenen Jahr aufgelaufene Teuerung ausgeglichen wird. Das heisst etwas plakativ ausgedrückt, dass dem Personal lediglich jene Teuerung ausbezahlt wird, die es im vergangenen Jahr bereits ausgegeben hat. Stützt man sich bei der Berechnung des Teuerungsausgleiches auf den Juni-Index, lässt man ganze sechs Monate des fraglichen Jahres unberücksichtigt. Das heisst wiederum, dass dem Personal jene Teuerung, die seit Juli 2007 nicht mehr in der Tasche vorhanden ist, erst im Januar 2009 ausgeglichen wird. Oder es wäre umgekehrt, wie es im letzten Jahr der Fall gewesen wäre, schlecht für die Gemeindekasse. Wenn sich die Teuerung in der zweiten Jahreshälfte zurückbildet, wird zu viel Teuerung ausbezahlt. Das wäre aufgrund der Vergleiche LIK Juni 2006 mit dem LIK Juni 2005 der Fall gewesen. Beide Sachverhalte werden wahrscheinlich letztendlich zu Unzufriedenheit, endlosen Diskussionen und irgendwelchem Korrekturbedarf führen.

Fazit 3: Ich werde - in der Hoffnung, dass meiner Motion zugestimmt wird - den Vorschlag des Gemeinderates ablehnen, weil er aus meiner Sicht keine Probleme löst, sondern den methodischen Fehler noch verschlimmert. Nur die Formulierung meiner Motion kann den methodischen Fehler beheben und weder Personal noch Gemeindekasse schlechter stellen. Somit müsste als Grundlage für den Teuerungsausgleich die jeweilige Herbstprognose für die Jahresteuern des seco und des BFS herangezogen werden. Ich habe die letzten Jahre unter die Lupe genommen und festgestellt, dass sich die beiden Prognosen in aller Regel sehr stark entsprechen und sehr vertrauenswürdig sind, da sie kaum mehr als 0,1 bis 0,2 Prozent von der drei Monate später errechneten Realität abweichen. Ich bitte Sie deshalb dringend, im Sinne einer stark erhöhten Transparenz und der Budgetgenauigkeit, meine Motion zu überweisen und hoffe, dass sie durch den Gemeinderat - sofern sie angenommen wird - so rasch als möglich umgesetzt wird.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Zwischen Valentin Lager und mir entstand in letzter Zeit ein sehr reger Mail-Verkehr. Ich möchte versuchen, die doch recht komplizierte Materie aus der Sicht des Gemeinderates darzustellen. Ich spürte bei den Nachfragen zu deiner Intervention sehr viel Engagement und möchte dir dafür sehr danken. Die Analyse des Gemeinderates zeigt, dass die Berechnung der Teuerungszulage korrekt durchgeführt wird. Das wurde uns von dir, Valentin Lager, mittels einem Mail bestätigt. Der Teuerungsausgleich der Gemeinde Köniz gleicht nicht die Jahresteuern aus, welche vom seco oder dem BFS errechnet wird, sondern die effektiv eingetretene Teuerung zwischen November und November. Der Gemeinderat hat die klare Auffassung, dass eine Bemessungsgrundlage, die sich auf Fakten bezieht, einer auf Prognosen - geschweige denn auf einer Mehrzahl von Prognosen - basierenden vorzuziehen ist. Prognosen sind in Durchschnittsjahren recht zuverlässig, das hat Valentin Lager richtig erklärt, aber in Krisen- und Boomjahren stehen sie eher etwas wacklig da. Die Personalverbände möchten an der bisherigen Berechnungsart festhalten und alle Gemeinden des Kantons Bern, mit welchen wir uns regelmässig vergleichen, wenden den LIK an. Er ist auch eine wichtige Grundlage für die Berechnung von Unterhaltsbeiträgen. Das ermöglicht uns einen gewissen Vergleich. Es ist jedoch wichtig, dass die Berechnungsart immer dieselbe bleibt, damit sie allfällige Unschärfen ausgleicht. In den letzten zwei Budgetphasen mussten - wie von den Motionären richtig festgehalten - bei der Budgetierung der Lohnkosten gewisse Unzulänglichkeiten festgestellt werden, was die Zusammenarbeit belastete. Das Problem liegt jedoch nicht in der Bemessungsgrundlage LIK, sondern am Zeitpunkt dessen Zurverfügungstellung. Der Gemeinderat ist der Meinung, das Problem dort zu lösen, wo es entstanden ist und möchte deshalb den Zeitpunkt für die Berechnung der Teuerungszulage etwas nach vorne verlegen. Zur letzten Bemerkung auf der von Valentin Lager verteilten Unterlage: Sie ist grundsätzlich richtig, die halbjährige Verzögerung im Ausgleich der Teuerung kann sich zugunsten des Personals oder der Gemeindekasse auswirken. Ich ergänze hier noch, dass der LIK Juni in den vergangenen zehn Jahren fünfmal höher und fünfmal tiefer war. Ich bitte Sie deshalb, die Motion abzulehnen und in der Folge der Änderung des Lohnreglementes zuzustimmen.

**Herr Hermann Gysel (EVP):** Ich vergleiche hier zwar Äpfel mit Birnen, nehme jedoch an, das Parlament würde Folgendes beschliessen: Die Vergütung für die Parlamentssitzungen wird an der Dauer der Parlamentssitzung indexiert und dafür wären zwei Varianten vorgesehen: Entweder könnte die Dauer der Juni-Sitzung herangezogen werden oder der Mittelwert aller Sitzungen während eines Jahres. Für welche Lösung würden Sie sich entscheiden?

**Herr Bernhard Bichsel (jfk):** Für die Mitglieder der FDP/jfk-Fraktion steht der Messzeitpunkt für die Berechnung des Teuerungsausgleiches im Zentrum. Somit sind die Motion wie auch der gemeinderätliche Gegenvorschlag besser als der Status quo. Der Unterschied zwischen dem Vorschlag des Gemeinderates und der Motion besteht in erster Linie darin, dass verschiedene Messzeitpunkte für die Berechnung der Teuerungszulage angenommen werden. Zu diesem Punkt hat die FDP/jfk-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

**Herr Martin Graber (SP):** Zum Vergleich von Äpfeln und Birnen, den Hermann Gysel herangezogen hat: Das ist kein Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen, sondern einer zwischen Quitten und Erdbeeren. Die Länge der Parlamentssitzungen wiederholt sich im nächsten Jahr nicht, Unterschiede bei der Zuhilfenahme des LIK als Bemessungsgrundlage für den Teuerungsausgleich gleichen sich jedoch jeweils wieder aus.

**Frau Anna Mäder (SP):** Ich gehöre zu jenen Mitunterzeichnenden der vorliegenden Motion, die ihre Meinung aufgrund der Antwort des Gemeinderates geändert haben. Ich habe die Motion mitunterzeichnet, weil das bestehende System tatsächlich Mängel aufweist. So z.B. der offensichtliche Mangel, dass der massgebende Indexstand zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht bekannt ist. Die Idee, die Herbstprognose des seco und des BFS als Grundlage für die Berechnung des Teuerungsausgleiches heranzuziehen, ist interessant und prüfungswert. Insofern danke ich dir, Valentin Lagger, dass du zu diesem Thema eine Motion eingereicht hast, um dem Parlament die Möglichkeit einer ausführlichen Debatte darüber zu geben. Der Gemeinderat prüfte das Anliegen und kam zum Schluss, dass die Prognose des seco und BFS nicht die geeignete Bemessungsgrundlage für die Festlegung der Teuerungszulage bilden könne. Ich liess mich davon überzeugen. Der von der öffentlichen Hand gewährte Teuerungsausgleich soll auf Fakten und nicht auf Prognosen beruhen. Es mag sein, dass die seco-Prognosen in der Regel sehr zuverlässig sind. Aber es bleiben Prognosen, die mit gewissen Unsicherheiten behaftet sind und durch extreme Konjunkturschwankungen oder Ereignisse, wie z.B. 9/11 oder grössere Naturkatastrophen auf den Kopf gestellt werden können. Ich bin der Meinung, es sei deshalb richtig, die Berechnung des Teuerungsausgleiches auf Fakten abzustellen und nicht auf Prognosen. Damit bleibt der LIK die einzig zuverlässige Grundlage für die Berechnung der Jahresteuern. Der LIK ist auch der systematisch richtige Ansatz. Art. 9 des Lohnreglementes sieht die Teuerungsanpassung zur Erhaltung der Kaufkraft vor. Das ist jedoch, wie Valentin Lagger erklärt hat, eine retrospektive Sicht und nicht in die Zukunft gerichtet. Es geht darum, die Löhne im Nachhinein der effektiven Teuerung anzupassen und nicht eine noch zu erwartende Teuerung quasi im Voraus auszugleichen. Der Einwand in der Motion, der LIK beruhe auf einem beliebigen Monat, ist schlicht falsch. Als Berechnungsgrundlage wird die Differenz zum Stand des Monates - die hier bereits erklärt worden ist - vom Vorjahr herangezogen. So kommt nicht von Ungefähr, dass sich alle grösseren Gemeinden rund um Bern auf den LIK stützen. Aber auch für die Mietzinsberechnung oder für die Anpassung von Alimenten an die Teuerung wird der LIK immer wieder als zuverlässiges Bemessungskriterium angewandt. Es macht deshalb Sinn, die Berechnung der Teuerungszulage für die Löhne auf dieselbe Grundlage abzustellen. Das ist der methodisch richtige Ansatz. Als einziger Mangel im System bleibt somit, dass der November-Index für die Berechnung der Teuerungszulage im Budgetprozess schlicht zu spät zur Verfügung steht. Nun kann man erklären, budgetieren sei sowieso lediglich eine Annäherung und keine wirklich genaue Wissenschaft. Der vorgeschlagene Weg des Gemeinderates, künftig den Indexstand des vorhergehenden Juni als Bemessungsgrundlage für den Teuerungsausgleich heranzuziehen, ist sicher der Weg in die richtige Richtung. Zusammenfassend erkläre ich, dass die Antwort für die Mitglieder der SP-Fraktion in jeder Hinsicht überzeugend ist. Aus diesem Grund werden wir die Motion ablehnen.

**Herr Stefan Lehmann (SVP):** Die Mitglieder der SVP-Fraktion haben die vorliegende Motion mehrheitlich unterzeichnet. Unser Hauptanliegen war, für die Berechnungsgrundlage der Teuerungszulage im Budget nicht mehr den November-Index heranziehen zu müssen. Welcher Index für die Berechnung der Teuerungszulage herangezogen wird, ist in unseren Augen zweitrangig. Der LIK ist eine bekannte Grösse und als Vergleichsgrösse brauchbar. Andere Gemeinden und Organisationen ziehen für die Berechnung der Teuerungszulage - wie bereits gehört - ebenfalls den LIK heran. Er ist auch gegenüber den Angestellten kommunizierbar. Abweichungen wird es immer wieder geben. Aus diesen Gründen sind wir bereit, die Motion abzulehnen und der Änderung im Lohnreglement gemäss dem Antrag des Gemeinderates

zuzustimmen.

**Herr Urs Maibach (GB):** Sowohl im Jahr 2005 als auch 2006 bestanden Unstimmigkeiten in Bezug auf die Berechnung der Teuerungszulage im Budget. Wir sind uns alle einig, dass der Herbeizug des November-Indexes für die Berechnung der Teuerungszulage im Budget nicht mehr wiederholt werden sollte, da dieser zu spät zur Verfügung steht. Um dies zu verhindern, verlangt die Motion, dass die Herbstprognose des seco herangezogen werden soll. Das mag eine gute Lösung sein, wird jedoch immer eine Prognose bleiben und somit die effektive Teuerung nie ganz treffen. Die bessere Lösung ist in unseren Augen, beim LIK zu bleiben und - wie vom Gemeinderat vorgeschlagen - als Bemessungsgrundlage den Juni-Index heranzuziehen. Dies aus folgenden Gründen: Beim LIK handelt es sich um eine feststehende, verlässliche Zahl und nicht um eine Prognose. Die Teuerung wird zwar jeweils rückwirkend angepasst, was eine gewisse Problematik darstellt, der Ausgleich folgt jedoch stets im folgenden Jahr. Wie gehört, wird der LIK als einziger die Möglichkeit zulassen, einen Vergleich mit anderen Gemeinden vorzunehmen. Die Personlaverbände sind ebenfalls der Meinung, den LIK für die Berechnung der Teuerungszulage beizubehalten. Deshalb werden die Mitglieder der GB/GFL-Fraktion die Motion ablehnen. Wir sind der Ansicht, dass mit der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Änderung des Lohnreglementes das Ziel der Motion ebensogut erreicht werden kann. Ich danke Valentin Lager jedoch für die Einreichung seines Vorstosses. Wäre diese Motion nicht eingereicht worden, wäre unter Umständen die Änderung des Lohnreglementes nicht ausgelöst worden. Die GB/GFL-Fraktion wird der Änderung des Lohnreglementes zustimmen. Ganz zum Schluss interessiert die Mitglieder der GB/GFL-Fraktion, ob die Teuerung in den letzten Jahren jeweils voll ausgeglichen wurde oder ob allenfalls ein Nachholbedarf vorhanden ist. Wenn ja: Ist es möglich, diesen auszugleichen?

**Herr Valentin Lager (CVP):** Ich gehe kurz auf das bisher Gesagte ein. Der Gemeindepräsident Luc Mentha erklärt korrekt, dass die Teuerungszulage für die Verwaltung der Gemeinde Köniz nicht aufgrund der mittleren Jahresteuern berechnet wird. Aus meiner Sicht müsste dies jedoch so sein. Er erklärt weiter richtig, dass andere Gemeinden dies auch so vornehmen würden. Sehr überraschend ist, dass andere Gemeinden mit demselben falschen System offensichtlich zu richtigen Resultaten kommen. So zahlte die Stadt Bern meines Wissens eine Teuerung von rund 1 Prozent aus. Der Bund glich - aufgrund der mittleren Jahresteuern - ebenfalls rund 1 Prozent Jahresteuern aus. Nicht einig gehe ich mit dem Gemeinderat, das Problem liege nicht am Herbeizug des LIK für die Berechnung der Teuerungszulage. Das Problem liegt jedoch am Herbeizug des LIK und an nichts anderem.

Kurz zu den angebrachten Vergleichen: Ich muss Hermann Gysel Recht geben und Martin Graber widersprechen. In der Wahrscheinlichkeitsrechnung gibt es keine Wiederholung und somit wiederholt sich auch der LIK nicht. Zum Votum von Anna Mäder betreffend Fakten und Prognosen: Du hast richtig erklärt, dass Prognosen Ereignisse wie 9/11 nicht voraussehen können. Wenn wir uns jedoch auf den LIK stützen, können Ereignisse wie 9/11 - das im September geschah - viel verheerendere Folgen haben und sind im Juni-Index des LIK nicht vorhanden. Der Herbeizug des LIK als Berechnungsgrundlage für die Teuerungszulage ist in meinen Augen schlicht falsch. Man könnte sich für die Berechnung der Teuerungszulage allenfalls auf z.B. Oktober-Fakten stützen. Das BFS berechnet für jeden Monat die mittlere Jahresteuern im Vergleich zum Vorjahresmonat. Das würde systembedingt nicht die genaue Jahresteuern abbilden, wäre jedoch auch eine mögliche Variante.

Zum Schluss Folgendes: Wenn die Motion - wie den bisher gehaltenen Voten zu entnehmen ist - abgelehnt und dem Vorschlag des Gemeinderates Folge geleistet wird, werden Sie sich selber vermehrte Diskussionen auferlegen. Der Diskussionsbedarf wird ins Unermessliche steigen. Der Herbeizug des Juni-Indexes hätte im Jahr 2006 eine Jahresteuern von 1,5 Prozent ergeben. Im November lag die Jahresteuern jedoch nur noch bei 0,5 Prozent. Im Parlament werden beim Herbeizug des Juni-Indexes unendliche Diskussionen um die richtige Berechnung der Teuerungszulagen stattfinden. Das Personal wird dann erklären, die Berechnungen seien nicht fair und damit Recht haben. Ich bitte Sie, sich zu überlegen, ob solche unendlichen Diskussionen wirklich notwendig sind und ob die Abstützung auf methodisch definitiv falsche Methoden richtig ist.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich beantworte die von Urs Maibach gestellte Frage betreffend Teuerungsausgleich an das Gemeindepersonal, jedoch ohne Gewähr und mit Vor-

behalt: Der Rückstand auf die Teuerung beträgt 1,26 Prozent. Selbstverständlich ist der Ausgleich der Teuerung möglich, dazu ist jedoch ein entsprechender politischer Entscheid in einem der nächsten Budgetverfahren notwendig.

*Mit 20 : 13 Stimmen bei 1 Enthaltung, fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Die dringliche Motion CVP betr. Teuerungsausgleich des Könizer Gemeindepersonals (0702) wird abgelehnt.*

## **5. Lohnreglement**

Reglement; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher):** Da die Motion betr. Teuerungsausgleich des Könizer Gemeindepersonals (0702) abgelehnt ist, kommt der Vorschlag des Gemeinderates betreffend Änderung von Art. 9 Abs. 2 des Lohnreglementes zur Beratung. Die GPK empfiehlt mit 6 : 1 Stimmen, den Antrag des Gemeinderates zu unterstützen. Über Bemessungsgrundlagen wurde ausreichend diskutiert, ich gehe nicht mehr näher darauf ein. Mit dem Vorschlag des Gemeinderates wird die zeitliche Komponente im Hinblick auf die Budgetierung berücksichtigt.

### **Eintreten**

**Herr Hermann Gysel (EVP):** Ich habe folgende Fragen. Auf Seite 1 von Bericht und Antrag steht geschrieben: "Dies führte zu den bekannten Unstimmigkeiten zwischen Parlament und Gemeinderat, die auch die Aufmerksamkeit der Medien erregten, was in Zukunft vermieden werden sollte." Ist die Meinung des Gemeinderates, dass Medien nicht hinhören sollen, wenn Unstimmigkeiten zwischen Parlament und Gemeinderat vorhanden sind? Wie wird die Bemessung der Teuerungszulage Ende 2007 vorgenommen? Wird - wenn der LIK Stand Juni-Index herbeigezogen wird - die Differenz zwischen November 2006 und Juni 2007 herangezogen oder jene zwischen Juni 2006 und Juni 2007? Für die Mitglieder der CVP/EVP-Fraktion sind beide Varianten nicht zufriedenstellend und wir haben uns deshalb für Stimmfreigabe entschieden.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Die erste Frage von Hermann Gysel beantworte ich wie folgt: Bei den Unstimmigkeiten des Parlamentes geht es um Unstimmigkeiten im Parlament und nicht um die Medienaufmerksamkeit. Der Gemeinderat möchte den Konfliktpunkt, der in den beiden letzten Budgetplanungen vorhanden war, mit dem Herbeizug des Juni-Indexes beheben. Die zweite Frage kann ich insofern beantworten, dass es in meinen Augen richtig ist, jeweils die Teuerung zwischen z.B. Juni 2005 und Juni 2006 als Berechnungsgrundlage zu berücksichtigen.

*Mit 27 : 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen (Ziffern 1 und 2), fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

1. *In Art. 9 Abs. 2 des Lohnreglementes wird "November" ersetzt durch "Juni".*
2. *Die Änderung tritt am 1. Juni 2007 in Kraft.*

## **6. Postulat jungfreisinnige köniz (jfk) betr. energieeffiziente Strassenbeleuchtung**

Beantwortung 0619; Direktion Planung und Verkehr

**Herr Bernhard Bichsel (jfk):** Die jungfreisinnigen köniz danken dem Gemeinderat für die kompetente und ausführliche Antwort. Es wäre schön, wenn alle Antworten des Gemeinderates auf Vorstösse diese Qualität erreichen würden. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die energieeffiziente Strassenbeleuchtung in der Gemeinde Köniz bereits heute gut ist, jedoch noch verbessert werden kann. So wird in der Antwort z.B. festgehalten, dass die nächtliche Leistungsreduktion von Strassenlaternen in Zukunft auf weitere Strassenabschnitte ausgedehnt werden soll. Ich frage mich nun, wann und wo dies der Fall sein wird. Weiter wird festgehalten, dass die Anzahl der weniger effizienten Quecksilberdampflampen bereits niedrig und ein weiterer Abbau derselben geplant ist. Ich frage mich, wann dieser Abbau stattfinden

wird. Der Gemeinderat erklärt in seiner Antwort auch, dass, sobald für die Natriumdampflampen bessere elektronische Vorschaltgeräte vorhanden seien, diese bei Neuinstallationen und Sanierungen eingesetzt werden. Auch hier stellt sich mir die Frage, bis wann und in welchem Ausmass dies der Fall sein wird. Alle von mir erwähnten Punkte, sind in meinem Postulat aufgeführt, jedoch bis heute nicht erfüllt. Zudem ist gemäss Art. 62 des Geschäftsreglementes des Parlamentes der vom Gemeinderat gestellte Abschreibungsantrag zu begründen. Aus unserer Sicht ist aber in der Antwort weder eine Begründung enthalten noch ist der Inhalt des Postulates - "Der Gemeinderat wird beauftragt, die Strassenbeleuchtung in der Gemeinde Köniz den aktuellen technologischen und wissenschaftlichen Erkenntnissen anzupassen" - nicht erfüllt. Wir beantragen deshalb, das Postulat anzunehmen und nicht abzuschreiben.

**Herr Martin Graber (SP):** Auch ich danke dem Gemeinderat für seine ausführliche Beantwortung des Postulates. Der Detaillierungsgrad ist sehr hoch und ich weiss nun immerhin, dass es nicht nur Automarken mit Sternen gibt, sondern auch Strassenbeleuchtungen. Die Gemeinde Köniz ist Energiestadt und das muss für alle Bereiche selbstverständlich sein. Es freut mich, dass die Energieeffizienz der Beleuchtung in der Gemeinde Köniz besser ist als sie auf den ersten Blick - wenn man das Rating im Internet betrachtet - scheint. Sie ist recht gut, könnte jedoch sicher noch verbessert werden. Wie Bernhard Bichsel habe ich bemerkt, dass die Antworten des Gemeinderates zum Teil recht schwammig sind. Ist z.B. für die Leistungsreduktion auf weiteren Strassenabschnitten eine Zielgrösse vorhanden? Bis wann wird der Ersatz der Quecksilberdampflampen erfolgt sein? Eine vermehrte Einsetzung von elektronischen Vorschaltgeräten muss in meinen Augen Standard sein. Es ist gut, leistet die Gemeinde Köniz in diesem Bereich viel, es dürfte jedoch noch mehr geleistet werden. Zu guter Letzt: Eine gute Strassenbeleuchtung ist - insbesondere im Winter und bei Regen - ein wichtiger Faktor für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden unter dem Motto "sehen und gesehen werden". Eine gute Strassenbeleuchtung hat jedoch auch einen entscheidenden Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden. Je freundlicher und heller ausgeleuchtet ist, desto sicherer fühlen sich alle Verkehrsteilnehmenden.

**Herr Jan Remund (GFL):** Das Postulat greift einen für uns Grüne wichtigen Punkt auf. Die Auslegungen des Gemeinderates sind detailliert und nachvollziehbar. Die Situation ist in der Gemeinde Köniz glücklicherweise bereits relativ gut, kann jedoch sicher noch verbessert werden. Wie meine Vorredner stört auch mich, dass die Ziele nicht konkret genannt sind, d.h. welche Verbesserungen in welchem Zeitrahmen umgesetzt werden. Das ist für die GB/GFL-Fraktion der Grund dafür, das Postulat zwar erheblich zu erklären, jedoch nicht abzuschreiben.

**Herr Hermann Gysel (EVP):** Die Antwort des Gemeinderates begeisterte mich. Es ist eine wahre Freude, diese detaillierte Antwort zu lesen und sie verdient eine detailliertere Kommentierung. Zuerst stellte ich mit Erstaunen fest, dass das Pflichtenheft von S.A.F.E. (Schweizerische Agentur für Energieeffizienz) etwas "verrisen" wird. Ich fragte mich, was sonst noch versteckt sei und wurde fündig: Gemäss meinen Berechnungen ist festzustellen, dass im Jahr 2006 300 neue Strassenlampen installiert wurden. Das entspricht mehr als 8 Prozent und diese Zahl überraschte mich. Bis anhin werden bei Natriumdampflampen konventionelle Vorschaltgeräte verwendet. Nun wird in der Antwort des Gemeinderates erklärt, man sei am Testen von elektronischen Vorschaltgeräten. Werden diese Tests in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden - z.B. der Stadt Bern - durchgeführt? Das wäre im Sinne des vorzunehmenden Aufwandes sicher effizient. In der Antwort des Gemeinderates steht geschrieben, dass auch Tunnelbeleuchtungen gezählt worden seien. Wo ist in der Gemeinde Köniz ein Tunnel vorhanden?

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Martin Graber erklärte in seinen Votum, es sei wichtig, dass Strassen gut beleuchtet werden müssen. Es gibt jedoch eine zweite Seite der Strassenbeleuchtung. Wenn ich nachts den Sternenhimmel betrachten will, muss ich eine grosse Lichtwolke über Bern und eine zweite über der Stadt Freiburg feststellen. Die Strassenbeleuchtung leuchtet nicht nur nach unten - was ja Sinn und Zweck ist -, sondern auch gegen oben. Das bedeutet eine Lichtverschmutzung und ist je länger je mehr ein Problem für nachtaktive Lebewesen, die dadurch desorientiert werden. Das Thema gehört nicht unbedingt hierher, aber dieser Punkt muss bei der Revision des Baureglementes beachtet werden.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die erhaltenen Komplimente auf



die Antwort des Gemeinderates zu diesem Postulat. Ebenfalls danke ich für den Vorstoss, der das vorhin genannte Rating nun ins richtige Licht rückt. Wir konnten das Pflichtenheft nicht richtig ausfüllen und deshalb fiel das Rating für die Gemeinde Köniz zu schlecht aus. Ich verstehe gut, dass Sie mit dem Schluss der Antwort nicht einverstanden sind, da wir keine genauen Ziele bekanntgeben. Quecksilberdampflampen werden laufend durch Natriumdampflampen ersetzt, jedoch nur, wenn die Quecksilberdampflampe effektiv defekt ist. Wie lange die elektronischen Vorschaltgeräte noch getestet werden, kann ich hier nicht schlüssig beantworten. Ich muss mich zuerst an entsprechender Stelle informieren. Bewähren sich diese Tests, werden die konventionellen sicher laufend durch elektronische Vorschaltgeräte ersetzt. Richtig ist die Feststellung, dass die Anzahl Lampen mit Leistungsreduktion um Mitternacht noch erhöht werden muss. Die nächtliche Leistungsreduktion kann jedoch nur bei ganzen Strassenzügen zugleich vorgenommen werden. Ich erkläre mich mit der Nichtabschreibung des Postulates einverstanden. Wir werden Ihnen in zwei Jahren über die Fortschritte Bericht erstatten.

Noch ein Wort zu der Umschreibung "laufend umrüsten": Würden wir alle Lampen jeweils gleichzeitig mit den neuesten Technologien ausrüsten, müssten dafür grosse finanzielle Ressourcen vorhanden sein. Deshalb wird die neue Technologie jeweils dort eingesetzt, wo alte ersetzt werden muss. Noch eine Erklärung betreffend der Frage der 300 neuen Strassenlampen im Jahr 2006: Hiezu zählt die Wangentalstrasse, welche in diesem Jahr neu beleuchtet wurde. Die Frage betreffend Tunnelbeleuchtung kann ich wie folgt beantworten: Der Bläuerackergraben wird als zu beleuchtender Tunnel betrachtet. Betreffend Lichtverschmutzung, die von Hansueli Pestalozzi angesprochen wurde und sich als grosses Problem erweist, habe ich Ihnen den Artikel "Die dunklen Seiten der Lampe" auf die Pulte verteilt. Im Kasten auf Seite 2 wird explizit die Gemeinde Köniz als vorbildlich erwähnt, weil sie so gut umgerüstet und praktisch keine Quecksilberdampflampen mehr in Gebrauch hat.

*Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Das Postulat jungfreisinnige köniz (jfk) betr. energieeffiziente Strassenbeleuchtung (0619) wird erheblich erklärt und nicht abgeschrieben.*

Die Sitzung wird für 10 Minuten Pause unterbrochen.

## **7. Motion Grüne betr. Velonetz Köniz**

Beantwortung 0624; Direktion Planung und Verkehr

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Wer regelmässig mit dem Velo auf den Strassen von Köniz unterwegs ist, kennt die Schwierigkeiten, denen man begegnet. So sind viele Schwellen, Kanten, Absätze und sonstige Hindernisse zu bewältigen, für welche eine Federgabel - wie ich sie in der Hand halte - vonnöten ist. Eine weitere Schwierigkeit zeigt sich, wenn man als Velofahrender eine stehende Kolonne rechts überholen will. Einige Autos stehen so weit rechts, dass man um einen Ellbogenschoner - den ich Ihnen hier zeige - froh wäre. Sucht man einen nicht allzu verkehrsreichen Weg, ist man auf einen guten Plan angewiesen. Wenn sich die Benutzung von verkehrsreichen Strassen nicht vermeiden lässt, müsste oftmals eine solche Maske tragen, die ich Ihnen hier zeige. Mit den neuen Gasbussen, die von Bernmobil seit neuestem eingesetzt werden, hat sich diese Situation jedoch deutlich verbessert. Im REK-Bericht, den Sie alle erhalten haben, ist ganz klar das Ziel formuliert, dass im Zentrum von Köniz der Modalsplit  $\frac{1}{3}$  motorisierter Individualverkehr,  $\frac{1}{3}$  öffentlicher Verkehr und  $\frac{1}{3}$  Fuss- und Veloverkehr, erreicht werden soll. Das kann nur erreicht werden, indem man es schafft, eine kritische Masse von Personen zum Velofahren zu bringen. Ein Ziel ist auch, dass Wege, welche weniger lang sind als fünf Kilometer, mit dem Velo gefahren werden. Das würde zur gewünschten Entlastung der Hauptstrassen führen. Mit dem zunehmenden Verkehr, der infolge der Neubauten entstehen wird, haben wir keine andere Wahl als den Modalsplit wie beschrieben zu verändern. Mit dem vermehrten Veloverkehr werden andere Verkehrsprobleme gleich gelöst: Es entstehen weniger Luftverschmutzung, weniger Lärm, ein besseres Klima, mehr Platz und die Gesundheit wird gefördert sowie die Gemeinde attraktiver. Die einzelnen Velofahrenden sind schneller am gewünschten Zielort, denn das Velo ist kein Lang-

samverkehrsmittel, sondern in der Agglomeration das schnellste. Wie kann dieses Ziel erreicht werden? In Köniz ist ein Paradebeispiel dafür vorhanden: Seit dem Neubau der Seftigenstrasse in Wabern verkehren dort 80 Prozent mehr Velos. Das Ziel, die Zunahme des Veloverkehrs kann jedoch nur mit sicheren Velowegen erreicht werden. Zudem ist Velofahren gut für die Kreativität, zumindest mir kommen die besten Ideen beim Velofahren.

Ich komme zur Antwort des Gemeinderates, die mich nur teilweise befriedigt. Ich bin der Meinung, mit den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Massnahmen können die REK-Ziele nicht erreicht werden. So steht z.B., dass für den Veloverkehr erst dann Vorkehrungen getroffen werden, wenn eine Strasse ohnehin saniert werden muss. Das kann jedoch Jahrzehnte dauern. Es geht der GB/GFL darum, jetzt ein Velonetz zu definieren, damit dort alle Hindernisse wie Kanten, Absätze und Schwellen entfernt werden können und die Markierung sichtbar verbessert wird. Auch soll die Bevölkerung über dieses Velonetz informiert werden, damit nicht der Ortsplan für dessen Suche zuhelfe genommen werden muss. Die Realisierung dieser Massnahmen ist nicht gratis zu haben. In der Stadt Bern - so habe ich den Eindruck - ist man bereits ein Stück weiter, dort verkehren deutlich mehr Velofahrende als in Köniz. Der Gemeinderat sagt in seiner Antwort auch, dass der Vorstoss nicht motionsfähig sei, weil die geforderte Revidierung des Richtplans "Zweiradverbindungen" und die Ausscheidung von Velohauptachsen in der alleinigen Kompetenz des Gemeinderates liegen. Ich bin anderer Meinung, denn im Vorstoss ist enthalten, dass der Gemeinderat für die Umsetzung des Velonetzes Köniz einen Kreditantrag im Parlament einreichen kann. Nach langem Zögern erkläre ich mich bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich behalte mir jedoch allenfalls vor, weitere Vorstösse einzureichen und erwarte vom Gemeinderat, dass er einen Kreditantrag für die Massnahmen zur Verbesserung des Veloverkehrs stellen wird. Von einem weiteren Punkt in der Antwort des Gemeinderates war ich ebenfalls enttäuscht: "Der Veloverkehr kann von der guten bestehenden Verkehrssignalisation profitieren." Ich bin der Meinung, dass das Gegenteil der Fall sei. Die Signalisation ist auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet und bedeutet häufig eine Behinderung des Veloverkehrs. Viele Verkehrsampeln sind Hindernisse für Velofahrende. Ganz besonders krass ist die aktuelle Signalisierung überall dort, wo es eng wird und die Markierung der Velostreifen plötzlich aufhört. Ich frage mich, wo hier Gleichberechtigung vorhanden sein soll. Sobald Autos und Velos nicht genug Platz nebeneinander haben, wird die Markierung für den schwächeren Verkehrsteilnehmenden aufgehoben. Wir Grüne haben das Gefühl, in die Verkehrsplanung in Köniz sei die "Velosicht" noch etwas zu wenig eingeflossen. Deshalb fordern wir den Einsatz einer oder eines Velobeauftragte/n oder eine Velofachstelle in der Gemeinde Köniz, damit alle Planvorhaben aus "Velosicht" betrachtet werden. In der Antwort des Gemeinderates ist aufgeführt, dass eine durchgehende Markierung an engen Stellen mit einem roten Belag zu einer "Verunklärung" der Situation beitragen würde. Hier bin ich der gegenteiligen Meinung, dass ein roter Belag die Situation klären kann, denn somit weiss der Autofahrende, dass hier dem Velofahrenden Platz eingeräumt werden muss. Man kann es auch symbolisch sehen: Dort, wo der Belag rot gefärbt ist, wird dem Velofahrenden der rote Teppich ausgelegt. Mehr Veloverkehr kann auch werbewirksam sein: Je mehr Velos desto weniger Staus für den motorisierten Individualverkehr. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen. Damit die Gemeinde Köniz bereits Morgen mit dem Auslegen des roten Teppichs für den Veloverkehr beginnen kann, übergebe ich Gemeinderätin Katrin Sedlmayer noch ein kleines Präsent in Form von etwas roter Farbe.

**Frau Stephanie Staub (SP):** Im Namen der SP-Fraktion unterstützen wir den Vorstoss der GB/GFL-Fraktion. Einige Gedanken dazu: Zum modernen Lebensstil gehört eine möglichst schnelle Fortbewegung von A nach B. Im Zusammenhang mit Veloverkehr ist oft das Wort Langsamverkehr zu hören. Eigentlich das falsche Wort, denn wer heute mit dem Velo von Köniz nach Bern fährt, gelangt oft schneller ans Ziel als der so genannte Schnellverkehr. Das stellt Hansueli Pestalozzi in seiner Motion fest. Eine gezielte Förderung des Langsamverkehrs ist deshalb eine der Schlüsselgrössen für die Lösung der sich abzuzeichnenden Stauprobleme bei der Durchfahrt von Köniz. Der Gemeinderat erklärt in seiner Antwort, er sei sensibilisiert. Ich hätte dies in seiner Antwort gerne etwas stärker gespürt, d.h. etwas mehr Herzblut für das Anliegen der Förderung des Langsamverkehrs. Damit ich dies verständlich machen kann, zitiere ich folgende Textstelle aus der Antwort des Gemeinderates: "Er hat vor, die nötigen Richtpläne und Konzepte zu erarbeiten, insbesondere den Prozess der Überarbeitung des Richtplans Verkehr anzuschieben. In diesem Zusammenhang ist auch die Konzeption des

Langsamverkehrs von Bedeutung." Hier hätte ich gerne gelesen: In diesem Zusammenhang ist auch die Konzeption des Langsamverkehrs von grosser Bedeutung und Tragweite. Die zentrale Frage lautet, ob der Langsamverkehr in Köniz den ihm zustehenden Stellenwert hat. Für die Beantwortung dieser Frage habe ich im REK-Bericht nachgeschlagen. Wir haben heute so vieles über in der Verwaltung geschehene Fehler gehört. Das REK-Konzept ist in meinen Augen gut, sowohl bezüglich Inhalt als auch seiner Entstehung mithilfe eines Expertenteams, der fachlichen Begleitung und der breit abgestützten Bürgermitwirkung. Ich danke an dieser Stelle allen Beteiligten, insbesondere der Projektleitung herzlich. Bei der Durchsicht des Inhaltsverzeichnisses des Konzeptes fand ich kein eigenständiges Kapitel über den Langsamverkehr. Es sind lediglich einige Hinweise unter dem Titel "Lokales Verkehrssystem" in den einzelnen Rubriken wie Wabern, Liebefeld-Köniz oder Niederwangen zu finden. Das Thema Langsamverkehr ist an drittletzter oder letzter Stelle zu finden. Entsprechend fehlt auch in der Sonderausgabe von "Köniz Innerorts" über das REK ein eigenständiges Kapitel über den Langsamverkehr. Bei der Durchsicht der kommunalen Planungsgrundlagen fand ich den Richtplan Verkehr mit einem Teilplan Zweiradverbindung, datiert von 1993. Ich erinnere mich ganz schwach daran, dass ich damals als IG-Velo-Mitglied beim Mitwirkungsverfahren mitgearbeitet habe. Mit Freude kann ich feststellen, dass im REK auf unterer Ebene - in den jeweiligen Massnahmekatalogen zur Veränderung des Modalsplits - der Ausbau des Langsamverkehrsnetzes erwähnt wird. Dort sogar jeweils an erster Stelle. Unter Siedlungsentwicklung und Erschliessungssystem Köniz und Wabern findet man auf Seite 31 des REK-Berichtes eine kleine Karte mit den Hauptachsen für Velo- und Fussverkehr. Diese Feststellungen machen mir Mut und ich möchte vom Gemeinderat folgende Präzisierungen zu seiner Antwort: Sind erstens konkrete zeitliche Vorstellungen zur Aktualisierung und Erneuerung von Verkehrsrichtplänen vorhanden? Wird zweitens bei der Planung zur Anpassung der Verkehrsrichtpläne der Velorichtplan Langsamverkehr prioritär behandelt? Gibt es drittens Möglichkeiten, andere Bauprojekte zu entschleunigen und somit Geld und Manpower für den Langsamverkehr Velorichtplan freizubekommen und im Investitionsplan zu berücksichtigen? Da die beiden Gemeinderätinnen Rita Haudenschild und Katrin Sedlmayer vorwiegend per Velo unterwegs sind, bitte ich sie, den Worten auch Taten folgen zu lassen und dem Langsamverkehr zum Durchbruch zu verhelfen. Frei nach dem Motto: Langsamverkehr wird mit einem optimalen Konzept zum Schnellverkehr.

**Herr Mark Stucki (FDP):** Kommen wir wieder zurück zum konkreten Vorstoss. Ich habe diesen Vorstoss unterzeichnet und werde ihn - hoffentlich zusammen mit dem einen oder anderen Fraktionskollegen - als Postulat überweisen. Ich selber bin nicht nur aus Überzeugung für ein Velonetz Köniz, da ich selber meistens mit dem Velo unterwegs bin, sondern auch, weil das Velo in meinen Augen ein geniales Nahverkehrsmittel ist und ein Velonetz eine wichtige und sinnvolle Investition in die Zukunft unserer Gemeinde ist. Eine Investition, die durchaus auch den anderen Verkehrsteilnehmenden etwas bringt. Wir wissen alle, dass die Kapazitätsgrenze der Hauptverkehrsachsen in Köniz in einigen Jahren erreicht sein wird. Wollen wir keinen Verkehrskollaps erleiden, müssen wir zwingend auf die Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs setzen. Vor allem dann, und das ist ein durchaus liberales Anliegen, wenn wir nicht primär mit Verboten operieren wollen. Die Attraktivitätssteigerung eines Velonetzes - gerade in einer Gemeinde wie Köniz, die sich topografisch dafür eignet - macht nicht nur Sinn, sondern ist eine Notwendigkeit. Ich persönlich finde, dass durchaus etwas investiert und etwas Mut gezeigt werden darf. Mir ist klar, dass gerade vonseiten der FDP/jfk-Fraktion die üblichen Vorbehalte betreffend Finanzierung und der Umsetzung konkreter Einzelmassnahmen vorhanden sind. Unter diesem Aspekt begrüsse ich die sehr differenzierte Antwort des Gemeinderates, die zu Recht auf eine Gesamtschau und ein pragmatisches Vorgehen abzielt. Hier unterscheide ich mich durchaus vom Erstunterzeichner Hansueli Pestalozzi. Richtig und wichtig ist heute jedoch vor allem, dass die Förderung des Veloverkehrs in unserer Gemeinde als wichtiges Anliegen erkannt und breit abgestützt wird.

**Herr Rolf Zwahlen (EVP):** Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt die Stossrichtung der vorliegenden Motion. Mit einem attraktiven Velonetz steigen die Chancen, dass das Auto seltener gebraucht wird, womit teure Infrastrukturkosten für den motorisierten Individualverkehr reduziert werden können. Ich glaube, dass die Gewohnheiten einer Gesellschaft nur auf diesem Weg verändert werden können. Die Verärgerung der Autofahrenden mit Schikanen und Ähnlichem haben nicht und werden auch nicht funktionieren. Konkret erwarten wir vom Gemeinde-

rat, dass Massnahmen ergriffen werden und die Infrastruktur für die Velofahrenden verbessert wird. Schlaglöcher im Bereich von Radstreifen müssen konsequent repariert werden, damit keine gefährlichen Ausweichmanöver mehr stattfinden. Lösungen bei Strassensanierungen sollten, wenn möglich, ohne die so genannten "Fleischbremsen", die sich überall breit machen, realisiert werden. So ist z.B. ein guter Winterdienst am Strassenrand - sprich Radstreifen - wichtig. Auch die Öffentlichkeitsarbeit mit Information an die Bevölkerung über Neuerungen und Verbesserungen gehört dazu. Ein langsamer Wandel muss vorangetrieben werden. Wir begrüssen, dass der Motionär der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Umwandlung in ein Postulat zustimmt. Wir hatten einige Zweifel an der Motionsfähigkeit des Vorstosses. Bezüglich der formellen Begründung des Gemeinderates für die Umwandlung in ein Postulat, schlage ich vor, dass den Parlamentsmitgliedern ein Kurs angeboten wird, in welchem erklärt wird, wie die Kompetenzverteilung zwischen Parlament und Gemeinderat funktioniert.

**Herr Bernhard Bichsel (jfk):** Die FDP/jfk-Fraktion wird der Umwandlung und der Annahme als Postulat mehrheitlich zustimmen. Für uns Liberale steht das Miteinander der verschiedenen Verkehrsteilnehmenden im Zentrum. Der Motionstext ging vielen Freisinnigen hier im Raum zu weit. Wir haben positiv Kenntnis von der Antwort des Gemeinderates genommen. Er hat Mut zu Schwergewichtsbildung bewiesen und nahm eine gesamtheitliche Verkehrsbetrachtung vor; was uns sehr freute. Attraktive Velonetze sind eine Möglichkeit, neuralgische Verkehrspunkte zu entlasten. Wir werden mithelfen, entsprechende Mittel zu sprechen, machen gleichzeitig jedoch darauf aufmerksam, dass unser Ja zu diesem Vorstoss kein Ja ist, unbeschränkt Mittel aus der Gemeindekasse in die Realisierung eines Velonetzes zu investieren. Ich fasse zusammen: Die FDP/jfk-Fraktion stimmt der Umwandlung in ein Postulat und dessen Annahme mehrheitlich zu.

Noch zwei Punkte: Hansueli Pestalozzi, eine Verkehrsampel soll in der Regel für Fussgänger, Velo- oder Autofahrende ein Hindernis sein. So viel mir bekannt ist, ist das der Sinn einer Verkehrsampel. Zu Rolf Zwahlen: Die FDP/jfk-Fraktion hat in Richtung Motionsfähigkeit von Vorstössen bereits einen Vorstoss eingereicht. Dieses Thema ist den Mitgliedern unserer Fraktion bereits mehrmals sauer aufgestossen.

**Herr Daniel Krebs (SVP):** Die SVP-Fraktion setzt sich auch für ein gutes und sicheres Velonetz in der Gemeinde Köniz ein. Wenn das Velonetz gut erschlossen ist und ohne grosse Gefahr von A nach B gefahren werden kann, wird es sicher vermehrt benützt. Wir sind jedoch der Meinung, dass nun zuerst das Mitwirkungsverfahren des REK abgewartet werden muss und nicht mittels einer Motion dem Verlauf vorgegriffen werden soll. Der Gemeinderat schreibt in der Beantwortung des Vorstosses, dass er im Zusammenhang mit dem REK die nötigen Konzepte und Richtpläne ausarbeiten und sich für die Förderung des Langsamverkehrs einsetzen will. Die SVP-Fraktion wird der Umwandlung in ein Postulat zustimmen.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich bin froh um die so vielen positiven Voten und die von Bernhard Bichsel schon fast zugesicherten finanziellen Mittel. Wie bereits gesagt, werden aus dem REK die entsprechenden Richtpläne entstehen. Wie erwähnt, ist im Richtplan Verkehr die Veränderung des Modalsplits ein grosses Anliegen. Mit dieser Motion wurden beim Gemeinderat offene Türen eingermannt. Der Gemeinderat unterstützt die im REK postulierte Haltung. Velofahrende benutzen für die Fahrt von A nach B meistens den kürzesten Weg, der via Hauptachsen und bestehende Strassen führt. Der Gemeinderat beweist bei jeder Strassensanierung, dass ihm der Langsamverkehr ein Hauptanliegen ist.

Kurz zum Votum von Hansueli Pestalozzi: Im Zentrum von Köniz wurden in der Tempo-30-Zone Schwellen, Kanten und Absätze gänzlich entfernt. Das ist mit ein Grund dafür, dass immer noch eine Einsprache der Behindertenorganisationen hängig ist, die genau solche Absätze vermissen. Mittelinseln bewirken eine Verengung des Strassenraumes. Wenn anstatt der Verengung durch Mittelinseln lediglich ein Radstreifen aufgemalt wird, ist die Verengung nicht mehr vorhanden und die Autofahrenden fahren mit höheren Tempi. Deshalb können auf der Höhe von Mittelinseln keine Radstreifen aufgemalt werden. Das ist meines Wissens auch in der Stadt Bern nicht der Fall. Für Velorouten ist ein regionaler Plan vorhanden. Wenn wir nun mit der Beschilderung von Velorouten in den Quartieren beginnen, wäre in der Gemeinde Köniz ein zu grosser Schilderwald vorhanden. Auch die Stadt Bern beschildert meines Wissens keine Stadtrouten. Unser Bestreben ist, möglichst wenig Schilder im Strassenraum zu haben. Im Stadtbereich fährt der Autofahrende alle 3 Sekunden an einem Verkehrsschild vor-

bei. Diese Menge kann nicht mehr erfasst werden. Strassensanierungen sind ein gutes Mittel, den Veloverkehr zu fördern. Das hat Hansueli Pestalozzi mit dem Beispiel der Seftigenstrasse richtig erwähnt. Farbige Markierungen werden von allen Seiten für irgendwelche Signalisierungen gewünscht. Es sind jedoch rechtlich klar formulierte Vorschriften für farbige Markierungen vorhanden, wozu die Farbe Rot nicht gehört. Eine solche Markierung würde unklare Zustände schaffen. Zur Aufmalung von farbigen Markierungen können wir keine Hand bieten.

Zu den drei Fragen von Stephanie Staub: Betreffend deiner Frage zum zeitlichen Terminplan kann ich dir wie folgt antworten: Das REK wurde zur Stellungnahme an alle Ortsvereine sowie ans Parlament versandt. Die Planungsabteilung koordiniert alle Fragen rund ums REK und wird voraussichtlich im Juni dem Gemeinderat einen Terminplan vorlegen, um das weitere Vorgehen zu bestimmen. Dann werden wir voraussichtlich mitteilen können, wann die Realisierung des Verkehrsrichtplanes folgen wird. Im Richtplan Verkehr ist der Langsamverkehr ein prioritäres Thema. Da ich selber Velo fahre, habe ich ein grosses Interesse, dass dem so ist. Die dritte Frage betreffend dem Freimachen von Ressourcen im Investitionsplan für den Richtplan Veloverkehr kann ich aus dem Stegreif nicht beantworten. Hiezu muss der Investitionsplan näher betrachtet werden. Dazu noch ein Wort zu Hansueli Pestalozzi: Das Schliessen von Lücken im Velonetz ist sehr teuer und nicht so einfach realisierbar, auch wenn es uns ein wichtiges Anliegen ist. An die Realisierung von Velorouten werden bestimmte Anforderungen gestellt.

Rolf Zwahlen hat von Schlaglöchern gesprochen. Ab jetzt wird er sicher alle Strassensanierungen befürworten, denn bei solchen werden die Schlaglöcher entfernt. Durch Auffüllen des Schlagloches mit Asphalt allein ist der Schaden nicht behoben und nach kurzer Zeit wieder vorhanden.

Ich danke Bernhard Bichsel für den Schluss seines Votums. Ich werde in Zukunft auf die Unterstützung der FDP/jfk-Fraktion zählen und fühle mich sehr unterstützt.

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Zuerst zu den von Bernhard Bichsel angesprochenen Verkehrsampeln: Ohne den motorisierten Individualverkehr wären keine Verkehrsampeln notwendig. Wenn jedoch viel Verkehr vorhanden ist, sind sie notwendig. Man könnte sie jedoch so einrichten, damit z.B. Velofahrende ohne an Ampeln warten zu müssen, rechts abbiegen können. Das Zentrum von Köniz kann ebenso gelobt werden wie die Seftigenstrasse. Es ist sehr viel angenehmer geworden, dieses zu durchfahren. Meine Bemerkung zu Absätzen bezieht sich z.B. auf die neu gestaltete Wabersackerstrasse, wo auf der Veloroute massive Absätze vorhanden sind. Mir ist bekannt, dass die roten Markierungen nicht offiziell zugelassen sind. Ein roter Belag darf jedoch aufgemalt werden. Das ist in der Signalisationsverordnung nicht geregelt. Eine Gemeinde kann selber entscheiden, wo sie einen solchen aufmalen will. Ein Beispiel ist in Köniz bereits vorhanden: Fährt man aus dem Bläüackertunnel in Richtung Sägestrasse, ist das Trottoir dort dunkelrot markiert, um darauf aufmerksam zu machen, dass Fussgänger unterwegs sind. Dass die Realisierung von neuen Velorouten teuer ist, ist mir klar. Man muss dies jedoch wie folgt sehen: Wenn es uns nicht gelingt, den Modalsplit wie vorgesehen zu realisieren, müssen irgendwann die im REK skizzierten unterirdischen Autozubringer erstellt werden. Diese werden dann Hunderte von Millionen Franken kosten und nicht nur einige Hunderttausend Franken.

**Herr Hermann Gysel (EVP):** Ich habe zwei Probleme: Wie soll sich der Veloschnellverkehr im Zentrum von Köniz verhalten, wenn er durch den Autolangsamverkehr behindert wird? Rechts oder links überholen? Die bestehenden Schlaglöcher sind für Velofahrende etwas vom Schlimmsten. Besonders jenes im Kreisel von Schwarzenburg- und Hessesstrasse. Genau dort, wo das Velo durchfahren muss, ist ein riesiges Schlagloch vorhanden. Ich bitte die zuständige Gemeinderätin, dieses baldmöglichst beheben zu lassen und nicht zu warten, bis die Sanierung des Kreisels dann einmal stattfinden wird.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Einige Worte zur Sanierung der Wabersackerstrasse: Hier erfolgte nur die erste Teerung und für die zweite muss ein Jahr gewartet werden. Dann werden die angesprochenen Absätze verschwinden. Zu dem von Hermann Gysel angesprochenen Schlagloch im Kreisel Schwarzenburg-/Hessesstrasse: Für die Realisierung dieses Kreisels wurde ein Minimum an Mitteln aufgewendet. Der Kredit wurde von über 100'000 Franken auf 60'000 Franken gekürzt. Das Ergebnis dieser Mittelkürzung sind nun die Schlaglöcher in diesem viel befahrenen Kreisel. Die Hessesstrasse ist in unserem Strassenma-

nagementsystem im feuerroten - d.h. dringenden Sanierungsbereich. Aber die notwendige Gesamt-sanierung ist nicht gratis. Wir werden die Schlaglöcher erneut flicken, das wird die Situation jedoch nur für eine kurze Zeit verbessern.

*Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Die Motion Grüne Köniz betr. Velonetz (0624) wird als Postulat erheblich erklärt.*

## **8. Postulat jungfreisinnige köniz (jfk) betr. Energieklasse A Fahrzeuge für die Gemeinde**

Beantwortung 0634; Direktion Planung und Verkehr

**Herr Bernhard Bichsel (jfk):** Auch bei diesem Geschäft danke ich dem Gemeinderat für die qualitativ gute Antwort, welche einmal mehr verdeutlicht, dass die Anzahl der Gemeindefahrzeuge gemessen am Könizer Verkehrsaufkommen marginal ist. Dennoch bin ich froh, den Vorstoss eingereicht zu haben. Er zeigt, dass künftige Entscheide mit sehr geringem Aufwand positiv in Richtung mehr Ökologie und somit mehr Generationengerechtigkeit beeinflusst werden können. Wir können in der Abschwächung des Gemeinderates, ich zitiere: "Falls sich daraus kein Widerspruch zu den übrigen Beschaffungskriterien ergibt" zustimmen. Neben der Energieeffizienzklasse sind weitere ökologische Kriterien im Auswahlkatalog enthalten. Mit der Aufnahme unseres Anliegens ins Beschaffungskonzept ist das Postulat tatsächlich erfüllt und kann dementsprechend abgeschrieben werden. Deshalb stimmt die FDP/jfk-Fraktion der Annahme und gleichzeitigen Abschreibung des Postulates zu.

Noch ein kleiner Hinweis an Gemeinderätin Katrin Sedlmayer: Ich bitte dich, das Protokoll gut zu lesen, damit ich in Zukunft beim Zitieren meiner Voten richtig wiedergegeben werde.

**Herr Christoph Salzmann (SP):** Die Mitglieder der SP-Fraktion haben das vorliegende Postulat gerne unterzeichnet. Zeigt es doch, dass der Jungfreisinn auch auf den Ökokurs einschwenkt und im Windschatten sogar den Altfreisinn mitreisst. Der Vorstoss wurde von allen FDP/jfk-Fraktionsmitgliedern unterzeichnet. In Zukunft solche Koalitionen bilden zu können, macht Spass. Auch wir danken dem Gemeinderat für die ausführlichen Erklärungen zum Thema und dass er bereit ist, das Postulat anzunehmen. Das Beschaffungskonzept ist in unseren Augen gut, denn der Mix zwischen Ökonomie und Ökologie ist richtig. Wir verstehen, dass der Gemeinderat das Postulat abschreiben will, denn er handelt schon längst nach diesen Kriterien und in diesem Sinne hat der Jungfreisinn Wasser in die Aare getragen. Wenn der Gemeinderat ökologisch handelt, schreiben wir dies dem Stehvermögen der SP zu, die ausdauernd in Parlament und Gemeinderat für diese Anliegen eintritt. So hatten wir z.B. in der noch wichtigeren Angelegenheit Mobilitätsmanagement die Federführung inne. Das Postulat gibt uns Gelegenheit, dies einmal zu erwähnen. Die Antwort des Gemeinderates deckt etwas Interessantes auf. Ich wünsche, dass ich Morgen in der Presse folgende Schlagzeile lesen kann: "Die Gemeinde kauft Occasionen statt teure Staatskarossen. Sie spart ohne Druck des Parlamentes." Die SP-Fraktion wird der Annahme und Abschreibung des Postulates zustimmen.

**Herr Jan Remund (GFL):** Ich mache keine Werbung für uns Grüne und dass alles, was hier passiert, nur infolge unserer diversen Interventionen so weit gekommen sei. Der Kauf von Energieklasse-A-Fahrzeugen ist für uns Grüne selbstverständlich. Die Gemeinde zeigt damit, dass sie auf dem richtigen Weg ist. Das Beschaffungskonzept ist grundsätzlich gut, vielleicht noch etwas schwammig. Gerade der letzte Punkt, in welchem erwähnt ist, dass sich aus dem Kauf von Fahrzeugen der Energieeffizienzklasse A kein Widerspruch zu den übrigen Beschaffungskosten ergeben darf, ist in unseren Augen etwas schwammig. Beim Beschaffungskonzept ergeben sich immer wieder Widersprüche. Aus dieser Sicht wäre uns wichtig, hier eine gewisse Gewichtung vorzunehmen, wie z.B.: "Die Gemeinde beschafft Fahrzeuge der Energieeffizienzklasse A, falls sich daraus kein wesentlicher Widerspruch zu den übrigen Beschaffungskriterien ergibt." Wir werden der Annahme und Abschreibung des Postulates zustimmen.

**Herr Bernhard Bichsel (jfk):** Wie erwartet, Christoph Salzmann, kommt nun die Retourkutsche auf dein Votum. Du erklärtest, es sei gut, dass der Jungfreisinn auf den Ökokurs ein-

geschwenkt sei. Wir Jungfreisinnigen machen Politik im Sinne der Generationengerechtigkeit und dazu gehört die Ökologie. Es wäre schön, würde von Eurer Seite im Bereich Soziales und Finanzen etwas in diese Richtung politisiert.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die wohlwollenden Voten, die Komplimente und für die Zustimmung zur Abschreibung des Postulates. Wir haben den Satz: "Die Gemeinde beschafft Fahrzeuge der Energieeffizienzklasse A, falls sich daraus kein Widerspruch zu den übrigen Beschaffungskriterien ergibt", aufgenommen und ich bin überzeugt, dass dieser bei der Beschaffung von neuen Fahrzeugen berücksichtigt wird.

*Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden*

### **Beschluss**

*Das Postulat jungfreisinnige köniz (jfk) betr. Energieklasse A Fahrzeuge für die Gemeinde (0634) wird erheblich erklärt und abgeschrieben.*

## **9. Interpellation FDP betr. Expertenbeizug und Externe Mandate**

Beantwortung 0701; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Herr Mark Stucki (FDP):** Die Antwort des Gemeinderates überraschte mich unter der Beachtung verschiedener Gesichtspunkte positiv. Ich möchte mich dafür beim Gemeinderat herzlich bedanken. Zuerst gilt es zu erwähnen, dass die Antwort sehr umfassend und qualitativ gut ist. Dann, auch das ist durchaus positiv zu werten, habe ich erwartet - eher befürchtet -, dass die Ausgaben in diesem Bereich deutlich höher sind als in der Antwort ausgewiesen. Offensichtlich hält sich die Gemeinde Köniz in diesem Bereich sehr zurück. Das in der Zusammenstellung Ausgewiesene scheint prima vista einleuchtend zu sein. Man könnte sich allenfalls sogar fragen, ob nicht am einen oder anderen Ort ein weiteres Outsourcing ökonomisch sinnvoll wäre. Offen bleibt für mich einzig, welche Expertendienstleistungen allenfalls im Rahmen der Investitionsrechnung zu finden wären und dort kapitalisiert werden. Das ist jedoch ein anderes Kapitel. Auch die Vergabepraxis ist für mich soweit nachvollziehbar, wenn auch die beigelegte Weisung im Sinne eines Hilfsmittels durchaus etwas präziser und umfassender sein könnte. Ich erkläre mich von der Antwort befriedigt.

*Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.*

## **10. Dringliche Interpellation SP Köniz betr. Umsetzung des neuen Bildungsreglements-Lehrstück Handyverbot**

Beantwortung 0703; Direktion Bildung und Soziales

**Herr Martin Graber (SP):** Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation und erkläre mich befriedigt. Ich nehme nur zur vorliegenden Interpellation Stellung und äussere mich inhaltlich nicht zum Handyverbot. Nur soviel: Auch ich bin der Meinung, dass Handys in der Schule weder gesehen noch gehört werden sollten. Ich bin froh, ist der Gemeinderat derselben Meinung wie ich, dass es sich bei der Umsetzung eines allfälligen Handyverbotes um eine operative Aufgabe handelt, die auf die Ebene der Schulleitung gehört. Die Zentrale Schulkommission zog bereits ihre Lehren daraus, revidierte ihren Beschluss vom 16. Dezember 2006 und betreute die Schulleitungen - die pädagogischen Fachleute - mit der Umsetzung des Handyverbotes. Die im Dezember 2006 kommunizierte Umsetzung war sehr realitätsfremd. Zur Elternmitwirkung: "Der Elternrat ist bei der Behandlung von strategischen Fragen durch die Schulkommission anzuhören." Das Bildungsreglement ist hier sehr klar und der Gemeinderat sagt selber, dass die Festsetzung eines Handyverbotes eine strategische Aufgabe sei. Das Handyverbot betrifft eindeutig die Eltern und doch soll der Elternrat nicht angehört werden, weil - wie in der Antwort geschrieben steht - das Bildungsreglement keinen korrespondierenden zentralen Elternrat vorsieht. Die Antwort ist juristisch sicher sehr korrekt. Die Absicht des Bildungsreglementes ist doch, dass der Elternrat bei der Behandlung von strategischen Fragen durch die Schulkommission anzuhören ist. Ich bin froh, dass die Elternräte nun über den Umweg der Leistungsvereinbarung doch noch zu ihrem Mitwirkungsrecht kommen. Zum weiteren uns angekündigten Vorgehen: Bis im Sommer 2007 ist die momentane Regelung gültig und dann wird, ohne die bis anhin geltende zu überprüfen oder auszuwerten, eine neue Regelung in Kraft treten. Diese Regelung ist aus meiner Sicht pädagogisch

äusserst fragwürdig. Ich frage mich, ob die Zentrale Schulkommission aus dem Geschehenen nichts gelernt hat. Handyverbot, Fortsetzung folgt.

*Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.*

## 11. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

0707 Interpellation FDP betr. Stand der Verkehrsplanung im Gebiet "Weissenstein, Neumatt, Liebefeld" und im Speziellen Kreuzung "Könizstrasse/Waldeggstrasse"

0708 Postulat SP betr. Feuerstellen und Brennholz für das Eichholz

0709 Interpellation Grüne Köniz GB/GFL betr. Erlasse der Zentralen Schulkommission

0710 Interpellation jungfreisinnige köniz (jfk) betr. Könizer Beherbungsabgabe

**Der Parlamentspräsident:** Der Gemeinderat fragte - gemäss Art. 57 Abs. 2 - das Parlamentsbüro an, ob für die Interpellation SP betr. Kultiviert zur Kultur - Mobilitätskonzept für den Kulturbetrieb in den Vidmarhallen (0706) eine Fristverlängerung bewilligt wird. In der Begründung schreibt der Gemeinderat: "Für die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen ist der Gemeinderat auf aktuelle Angaben der Stadttheaterleitung angewiesen. Wie der Presse zu entnehmen war, sind bezüglich Fremdvermietungen der Theaterräumlichkeiten zur Zeit zahlreiche Geschäfte in Abklärung. Diese können die Mobilitäts- und Quartierverträglichkeitsfragen beeinflussen. Damit der Gemeinderat dem Parlament einen möglichst aktuellen Wissensstand weitergeben kann, beantragt der Gemeinderat dem Parlamentsbüro die Fristverlängerung für die Beantwortung der Interpellation um 2 Monate." Das Parlamentsbüro stimmte der Fristverlängerung zu, wobei uns der letzte Satz des Antrages etwas aufstiess: "Da die Sommerferien dazwischen liegen, kann die Beantwortung im Parlament frühestens im September erfolgen." Wir haben heute Abend mehrmals gehört, die Verwaltung stehe unter grossem Druck und auch, dass der Gemeinderat sehr dynamisch sei. Von daher habe ich persönlich mit dieser Fristverlängerung etwas Mühe. Mit der Fristverlängerung um 2 Monate müsste die Antwort des Gemeinderates am 12. Juli 2007 vorliegen. Der Gemeinderat erklärt jedoch, er könne infolge der Sommerferien erst am 15. August 2007 darüber beraten.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Das Abstimmungsprozedere in Traktandum 6, Dringliche Motion Mitte Fraktion betr. Alterskonferenz der Gemeinde Köniz, anlässlich der letzten Sitzung wurde gemäss Art. 44 Abs. 1 des Geschäftsreglement des Parlamentes korrekt abgehalten. Ich komme zurück auf das Traktandum 5, Lohnreglement, wo mir Hermann Gysel die Frage stellte, ob als Berechnungsgrundlage für die Teuerungszulage die Teuerung von Juni 2006 bis Juni 2007 oder von November 2006 bis Juni 2007 herangezogen werde. Ich wurde von dieser Frage etwas überrascht und meine zum Ausdruck gebrachte Sympathie für eine Lösung von Juni zu Juni ist nicht richtig. In der Antwort des Gemeinderates ist festgehalten, dass sich die erstmalige Berechnung des Teuerungsausgleiches für das Budget 2008 aus der Entwicklung des LIK zwischen November 2006 und Juni 2007 ableitet.

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich informiere Sie, dass in den nächsten Tage im amtlichen Teil des Anzeigers rund um Bern ein Baugesuch veröffentlicht wird, welches die dritte Etappe des Ausbaus im Haberhuus betrifft. Die erste Etappe betraf die Sanierung von Bistro und Kulturraum und in der zweiten Etappe wurde die Musikschule im Schlossareal installiert. In der nun vorgesehenen dritten Etappe ist Folgendes vorgesehen: Die Räumlichkeiten des Kultursekretariates sind infolge des Umzuges ins Gemeindehaus Bläuacker leer. Ebenfalls die Hälfte des Estrichs. Wir sehen vor, diese Räumlichkeiten zu sanieren und auszubauen. Da Interessenten vorhanden sind, werden diese Räume vermietet. Im Juni oder Juli werde ich dem Gemeinderat das entsprechende Geschäft vorlegen.

Der Gemeinderat bewilligte am 2. Mai 2007 - wie der Presse zu entnehmen war - 12 neue Kita-Plätze. Die GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion) stellte uns in Aussicht, 10 Plätze aufzunehmen, wenn das kompetente Organ dies so beschliesse. 10 Kita-Plätze werden somit über den Lastenausgleich abgerechnet und 2 Kita-Plätze werden zusätzlich als gemeindeeigene Plätze eröffnet. Der Standort der Kita ist jedoch noch nicht ganz klar. Wir sind am Evaluieren. Verschiedene Standorte stehen in der Diskussion, vor allem in Wabern, da eine Kooperation mit der Gemeinde Kehrsatz stattfindet. Der Gemeinde Kehrsatz werden 3 Plätze



zur Verfügung gestellt, d. h. es entsteht ein Public-Public-Partnership. Gemäss der Studie Hornung herrscht im Raum Wabern-Liebefeld die grösste Nachfrage nach Kita-Plätzen.

**Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Als weitere Unterlage wurden Ihnen die Ergänzungen von Herrn Hornung betreffend Bevölkerungsszenarien der Gemeinde Köniz verteilt. Anlässlich der ersten Information wurde die Bekanntgabe des Anteils der ausländischen Wohnbevölkerung gewünscht. Diese liegen nun vor. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirken sind sehr gross und auffällig ist, dass die ausländische Wohnbevölkerung grössere Wanderungsneigungen aufweist.

Letztes Jahr informierte ich Sie darüber, dass ich vorsehe, die Abteilung Werkhof in die Abteilung Verkehr und Unterhalt - geleitet durch David Wetter - und den Dienstzweig Abfallbewirtschaftung und Deponie aufteilen werde. Wir haben nun ein Stelleninserat für die Dienstzweigleitung Abfallbewirtschaftung und Deponie ausgeschrieben. Leider konnte keine geeignete Person gefunden werden. Der Gemeinderat beschloss, dass ich diesen Dienstzweig in der Übergangszeit direkt leite und die Stelle im August 2007 erneut ausgeschrieben wird.

Hans Moser stellte anlässlich der letzten Parlamentssitzung Fragen zur Parkplatzsituation rund um das Gemeindehaus Bläuacker. Da die Bewohner von Mittelhäusern weit von Köniz entfernt sind und oft nur mit dem Auto nach Köniz fahren können, seien sie auf Parkplätze vor dem Gemeindehaus angewiesen. Auf der Website von Köniz ([www.koeniz.ch](http://www.koeniz.ch)) sind der Anfahrtsweg und die Parkierungsmöglichkeiten vor dem Gemeindehaus aufgezeigt. Wir gehen davon aus, dass die Bewohner von Mittelhäusern das Zentrum von Köniz kennen und ihnen bekannt ist, dass in den Parkhäusern von Migros und Coop Parkplätze vorhanden sind, die während zwei Stunden gratis benützt werden können. Weitere oberirdische Parkierungsmöglichkeiten bestehen auf dem Parkplatz Rappentöri und auf dem Areal alte Migros. Bis anhin bestanden in dieser Beziehung keine grösseren Probleme. Die Frage, wie gut die drei vor dem Gemeindehaus bestehenden Parkplätze besetzt seien, beantworte ich wie folgt: Vor allem Nachmittags und gegen Abend sind sie stark besetzt, währenddem sie am Morgen teilweise frei sind. Ebenfalls wurde die Frage gestellt, ob die Möglichkeit bestehe, dass die Bevölkerung mittels Hinweisschildern über die Parkmöglichkeiten rund ums Gemeindehaus aufmerksam gemacht werden kann. Von dieser Möglichkeit möchten wir eher absehen, das betrifft die heute schon erwähnte Thematik Schilderwald.

**Herr Valentin Lager (CVP):** Der Kanton Bern publizierte vor rund 2 Monaten die Pandemieplanung, die sich vor allem um gesundheitliche Aspekte kümmert. Ich selber bin Mitglied in einer Pandemiegruppe, die sich vor allem mit der Durchleuchtung von wirtschaftlichen Aspekten beschäftigt. Ich weiss, dass es sehr wichtig ist, sich auf solche Situationen vorzubereiten. Meine Frage an den Gemeinderat: Inwiefern ist die Gemeinde Köniz in diese Vorbereitungen des Kantons miteinbezogen worden. Wenn nein, was ist hier geplant?

**Frau Anna Mäder (SP):** Ich mache Sie auf den Jahresbericht des Vereins Villa Bernau aufmerksam, der Ihnen auf die Pulte verteilt wurde. Wie Ihnen sicher bekannt ist, unterstützt die Gemeinde Köniz den Betrieb in der Villa Bernau seit Jahren mit einem namhaften Beitrag. Im Bericht ist nachzulesen, was mit diesem Geld geschieht. Die Menge und Qualität der Veranstaltungen sowie die viele, geleistete Freiwilligenarbeit beeindruckt mich immer wieder. Letztes Jahr wurde eine Umfrage vorgenommen, wie der Betrieb der Villa Bernau in der Bevölkerung verankert sei. Gemäss den Resultaten ist die Villa Bernau sehr gut in der Bevölkerung verankert und ist für Wabern ein wichtiges Zentrum.

**Frau Stephanie Staub (SP):** Mit dem letzten Aktenversand wurde Ihnen das Kommunikationskonzept der Gemeinde Köniz versandt. Den Unterlagen lag noch ein kleines Präsent - ein Kugelschreiber - bei. Vielleicht ging dieser Kugelschreiber in den vielen Unterlagen etwas verloren. Ich habe grosse Freude an diesem Kugelschreiber - der auffällt - sowie am neuen Kommunikationskonzept. Der Gemeindepräsident Luc Mentha forderte uns auf, als Botschafter für ein einmaliges Köniz zu agieren.

**Der Parlamentspräsident:** Die nächste Sitzung findet am Montag, 18. Juni 2007 um 19.00 Uhr statt. Die Traktandenliste liegt vor. Unter anderem sind die Rechnung 2006 und der Verwaltungsbericht 2006 zu beraten. Ich bitte Sie, sich den 25. Juni 2007 für die Folgesitzung zu reservieren. Der Gemeindepräsident Luc Mentha fragte das Parlamentsbüro an, ob es möglich sei, das Paket IAFP (Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung), das im August dem Parla-

ment vorliegen wird, an der ersten Sitzung im August - auch hier sind zwei Sitzungen geplant - in Form einer Informationsveranstaltung vorzustellen. Am Montag, 27. August 2007 könnte dann die politische Würdigung des IAFP stattfinden. Das Parlamentsbüro begrüsst diese Lösung. Ich bitte darum, dass die entsprechenden Unterlagen dazu früh genug versandt werden.

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich schulde Valentin Lagger noch eine Antwort zur Frage betreffend Pandemieplanung: Wir wurden in der Gemeinde Köniz im letzten Jahr in Bezug auf die Vogelgrippe aktiv und bildeten einen Krisenstab. Diesbezüglich sind wir gemeindeintern organisiert. Ins von dir angesprochene Projekt des Kantons sind wir jedoch nicht einbezogen.

**Herr Gemeindepräsident Luc Menth:** Ich werde diese Frage noch abklären und an der nächsten Sitzung ausführlicher beantworten. Wie jedoch Gemeinderat Ueli Studer richtig ausgeführt hat, sind wir in Bezug auf die Vogelgrippe innerhalb der Gemeinde Köniz vorbereitet.

**Der Parlamentspräsident:** Am 29. April 2007 erhielt das Parlamentsbüro folgendes Schreiben: "Sehr geehrter Herr Parlamentspräsident, sehr geehrte Büromitglieder. Ich teile Ihnen mit, dass ich per Ende Juli 2007 meine Demission als Parlamentssekretärin eingereicht habe und die Gemeinde Köniz nach ca. sechseinhalb Jahren verlassen werde. Auf meine neue Herausforderung als Gemeindeschreiberin in Oberbalm freue ich mich sehr. Ihnen und den Parlamentsmitgliedern danke ich für das Vertrauen und die Zeichen der Wertschätzung in den letzten eineinhalb Jahren. Freundliche Grüsse, Anita Fehlmann." Liebe Anita, ich danke dir für deinen Einsatz, den du für das Parlament geleistet hast und freue mich, dass wir die nächsten beiden Sitzungen im Juni noch zusammen vorbereiten können. Ich wünsche dir für den Schlusspurt noch viele unzählige gute und positive Begegnungen in der Gemeinde Köniz.

Schluss der Sitzung um 22.15 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident

Die Sekretärin

Ignaz Caminada

Anita Fehlmann